



10. Stadtratsprotokoll / 10^e procès-verbal du Conseil de ville

Sitzung vom Donnerstag, 24. Juni 2020, 18.00 Uhr
Séance du jeudi 24 juin 2020 à 18h00

Ort: Kongresshaus Biel, Konzertsaal

Lieu: Palais des Congrès de Bienne, Salle de concert

Anwesend / Présents:

Arnold Marc, Arnold Niels, Augsburger-Brom Dana, Bigler Jarno, Bohnenblust Peter, Bord Pascal, Briechle Dennis, Brunner Thomas, Cadetg Leonhard, Clauss Susanne, De Maddalena Daniela, Epper Bettina, Francescutto Luca, Frank Lena, Gerber Andreas, Gonzalez Vidal Bassi Glenda, Grupp Christoph, Gugger Reto, Hamdaoui Mohamed, Heiniger Peter, Helbling Beatrice, Koller Levin, Külling Urs, Leuenberger Bernhard, Loderer Benedikt, Meuli Selma, Meyer Miro, Molina Franziska, Ogi Pierre, Paronitti Maurice, Pittet Natasha, Rindlisbacher Hugo, Rochat Julien, Roth Myriam, Scherrer Martin, Scheuss Urs, Schneider Sandra, Schneider Veronika, Schor Alfred, Sprenger Titus, Steinmann Alfred, Stocker Julien, Stolz Joseline, Strässler Thomas, Strobel Salome, Suter Daniel, Sutter Andreas, Tanner Anna, Tennenbaum Ruth, Torriani Latscha Isabelle, Wächter Olivier, Wendling Cécile, Widmer Patrick, Wiederkehr Martin, Wiher Max, Zimmermann Erwin, Zumstein Joël

Entschuldigt / Absence(s) excusée(s):

Epper Bettina, Gurtner-Oesch Sandra, Rebetez Maurice, Vlaiculescu-Graf Christiane

Vertretung des Gemeinderates / Représentation du Conseil municipal:

Stadtpräsident Fehr Erich

Gemeinderätinnen/Gemeinderäte Feurer Beat, Némitz Cédric, Schwickert Barbara, Steidle Silvia

Entschuldigt Gemeinderat / Absence(s) excusée(s) du Conseil municipal:

-

Vorsitz / Présidence:

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident

Sekretariat / Secrétariat:

Klemmer Regula, Ratssekretärin

Behandelte Geschäfte / Affaires traitées**Seite/Page**

95.	Genehmigung der Traktandenliste	267
96.	Mitteilungen Stadtratsbüro	268
	• Abrechnungen in der Kompetenz der GPK	268
97.	20200133 Blumenrain 6 / Einbau eines Kindergartens mit zwei Klassen / Überführung der Liegenschaft ins Verwaltungsvermögen / Verpflichtungskredit	268
98.	Fraktionserklärung	271
99.	20200047 Bauliche energetische Optimierungen bei Gebäuden im Verwaltungsvermögen / Verpflichtungskredit	273
100.	20120208 Kongresshaus-Hochhaus / Ersatz Klimakonvektoren zur Weiterführung des Betriebs bis zur Sanierung / Verpflichtungskredit	279
101.	20200050 Ersatzanschaffung von fünf Elektrokehrfahrzeugen / Verpflichtungskredit	280
102.	Begründung der Dringlichkeit des überparteilichen Postulats 20200224, Bohnenblust Peter, FDP, Gurtner-Oesch Sandra, GLP, Bord Pascal, PRR, Schneider Sandra, SVP, Gugger Reto, BDP, Brunner Thomas, EVP, Grupp Christoph, Grüne, Tennenbaum Ruth, Passerelle, Arnold Niels, SP «Das Budet 2021 soll mit Blick auf die mittelfristigen Finanzperspektiven diskutiert werden können»	286
103.	20200059 Teilrevision und spätere Ausserkraftsetzung des Reglements über die Spezialfinanzierung Nachhaltige Haushaltssanierung (NHS 2016+) Realisierungs- und Umstrukturierungskosten Contrat social (Reglement Contrat social; RCS; SGR 153.50) / Verteilung der Mittel aus der Spezialfinanzierung Contrat social zu Gunsten der Pensionskasse / Genehmigung der Anschlussvereinbarung Einwohnergemeinde Biel – PK Biel per 1.1.2020	286
	• Rückweisungsantrag	287
104.	20190395 Bewilligung von Nachkrediten zulasten der Jahresrechnung 2019	295
105.	20190395 Jahresrechnung 2019	295
	• Allgemeine Diskussion	295

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Zuerst habe ich einige organisatorische Bemerkungen anzubringen: Der Sitzungsort für die Stadtratssitzungen im August und September wird zu einem späteren Zeitpunkt bekannt gegeben. Aufgrund der aktuellen Corona-Situation werden diese kaum in der Burg stattfinden. Ich bitte Sie um Verständnis. Beide Sitzungen werden jeweils am Mittwoch und Donnerstag Abend stattfinden. Ich werde die Traktandenliste vor den Wahlen nicht mehr umstellen, damit nicht der Vorwurf der Vorteilsnahme erhoben werden kann. Die Sitzung heute wird um 20Uhr für eine halbe Stunde unterbrochen. Aufgrund der grossen Geschäftslast beschränke ich die Redezeit für Fraktionssprechende auf 5 Minuten und Einzelsprechende auf 3 Minuten ausserdem werde ich, falls notwendig, eine Rednerliste erstellen.

Auf Ihren Tischen liegen folgende Unterlagen auf:

- Rückweisungsantrag der Grünen, SP, PSR und JUSO zum Traktandum 3.4 «Reglement über die Auflösung der Neubewertungsreserve»
- Rückweisungsantrag der Fraktion Einfach libres! zum Traktandum 3.5 «Teilrevision und spätere Ausserkraftsetzung des Reglements über die Spezialfinanzierung Nachhaltige Haushaltssanierung»
- Rückweisungsantrag der Fraktion SVP/Die Eidgenossen zum Traktandum 8 «Neugestaltung Strassenraum mit Busspur in der Georg-Friedrich-Heilmann-Strasse / Verpflichtungskredit»
- Änderungsantrag der Fraktion PSR zum Traktandum 9 «Reglement über die Kinderbetreuung»
- Änderungsantrag der Fraktion SP/JUSO zum Traktandum 9 «Reglement über die Kinderbetreuung»
- Änderungsantrag der Fraktion GLP+ zum Traktandum 9 «Reglement über die Kinderbetreuung»
- Geschäftsbericht 2019 des Rates für französischsprachige Angelegenheiten des Verwaltungskreises Biel/Bienne
- Heft TRANSHÉLVETICA «Die Kunst des Reisens» Berner Jura & Biel
- Publikation «update!» Biel/Bienne – Die Stadt der Möglichkeiten

95. Genehmigung der Traktandenliste

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Christiane Vlaiculescu-Graf fällt unfallbedingt aus. Ich wünsche ihr gute Besserung. Die von ihr eingereichten traktandierten Vorstösse werden verschoben.

Ich beantrage, das Geschäft 20200133 «Blumenrain 6 / Einbau eines Kindergartens mit zwei Klassen / Überführung der Liegenschaft ins Verwaltungsvermögen / Verpflichtungskredit» vorzuziehen und als erstes Geschäft zu behandeln. Ausserdem schlage ich vor, das Geschäft 20200116 «Reglement über die Auflösung der Neubewertungsreserve» nach hinten zu verschieben und vor dem Geschäft 20170147 «Liegenschaft General-Dufour-Strasse 26 / Erwerb der Stockwerkeinheit Biel-Grundbuchblatt Nr. 1693-2 von der Post Immobilien AG / Projektierung

Gebäudesanierung einschliesslich Sofortmassnahmen / Verpflichtungskredite» zu beraten.

Die Traktandenliste wird mit diesen Änderungen stillschweigend genehmigt.

96. Mitteilungen Stadtratsbüro

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Ab 1. Juli 2020 wird Frau Nathalie Scheurer ihre Stelle als Sachbearbeiterin im Ratssekretariat antreten. Ich kenne sie bereits, sie wohnte im gleichen Quartier wie ich. Einige unter Ihnen mögen sich vielleicht noch erinnern, dass sie für die Fraktion SP/JUSO im Stadtrat war. Ich heisse sie herzlich willkommen und wünsche ihr viel Erfolg.

Abrechnungen in der Kompetenz der GPK

Klemmer Regula, Ratssekretärin: Die GPK hat anlässlich ihrer Sitzung vom 18. Juni 2020 die folgenden Abrechnungen der Verpflichtungskredite der Finanzdirektion in eigener Kompetenz einstimmig genehmigt:

1. 20130398 Erwerb der Grundstücke der TR-Verwaltungs AG für die Realisierung des Campus Biel/Bienne im «Feldschlössli-Areal»
2. 20140211 Erwerb der Grundstücke der Vitali's Generation AG für die Realisierung des Campus Biel/Bienne im «Feldschlössli-Areal»

Bei beiden Verpflichtungskrediten wurden die Notariats- und Grundbuchkosten viel zu hoch eingeschätzt. Zur Verbesserung der Entscheidungsrundlage für den Stadtrat sollte darauf geachtet werden, dass die geplanten Ausgaben näher an den tatsächlich getätigten Ausgaben liegen. Zudem wurde die Frist für die Abrechnung nicht eingehalten. Die GPK empfiehlt dem Gemeinderat einmal mehr dringend, für solche Projekte im Rahmen eines IKS proaktive Kontrollprozesse einzuführen.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Wir wissen mittlerweile, dass der Gemeinderat dabei ist, ein IKS einzuführen.

97. 20200133 Blumenrain 6 / Einbau eines Kindergartens mit zwei Klassen / Überführung der Liegenschaft ins Verwaltungsvermögen / Verpflichtungskredit

Wendling Cécile, GPK: Die GPK hat das vorliegende Geschäft geprüft. Unbestritten ist, dass die Stadt dringend neuen Schulraum benötigt. Die Anzahl der Kinder ist in den letzten Jahren stark angestiegen und diese Tendenz hält weiter an. Die Kapazitäten in den bestehenden Schulhäusern sind weitgehend ausgeschöpft. Die Stadt hat 2019 das ehemalige Kirchengebäude am Blumenrain 6 erworben und umgebaut. Im Quartier Madretsch sollen zwei zusätzliche Kindergartenklassen untergebracht werden, dazu sind bauliche Anpassungen notwendig. Der Bezug der Räumlichkeiten soll spätestens

im Februar 2021 erfolgen. Die Kindergartenklassen, welche im Sommer 2020 eröffnet werden, sind für die Übergangszeit in einem Provisorium im Schulhaus Union untergebracht. Der Gemeinderat beantragt, die Liegenschaft Blumenrain 6 zu einem Verkehrswert von CHF 760'000 vom Finanz- in das Verwaltungsvermögen zu überführen. Für die Umbauarbeiten sowie die provisorische Unterbringung der Klassen beantragt er einen Verpflichtungskredit von insgesamt CHF 1'540'000. Der Kredit ist umfangreich aber notwendig. Die GPK empfiehlt deshalb das Geschäft wie vorgelegt zur Annahme.

de Maddalena Daniela, Fraktion Grüne: Ich nehme gleich vorweg, dass die Fraktion Grüne dem vorliegenden Geschäft zustimmen wird. Dass es mehr Raum für Kindergärten braucht ist unbestritten. Der Standort ist ideal. Die Liegenschaft befindet sich in der Nähe von weiteren Schuleinrichtungen. Der Schulweg kann in diesem Bereich dank der heute schon verkehrsberuhigten Quartierstrassen als sicher bezeichnet werden. Die Liegenschaft ist also für den dringend benötigten Schulraum ein Glücksfall. Dass die Sanierung nicht auf Anfang des kommenden Schuljahres fertig wird, bleibt ein Wermutstropfen. Der Unterricht in einem Provisorium wird deshalb unvermeidlich. Aufgefallen ist der Fraktion Grüne, dass der Umbau in ein Schulgebäude mit grossem Aufwand verbunden ist. Trotzdem gehen wir davon aus, dass ein Neubau an dieser Stelle mit einem noch höheren Aufwand verbunden wäre. Einen Neubau ins Auge zu fassen, ist auch aufgrund der Dringlichkeit nicht angemessen. Die Frage betreffend der Nutzung von erneuerbarer Energie für die neu einzubauende Heizanlage wurde zur Zufriedenheit der Fraktion Grüne beantwortet. Die Zustandsanalyse hat Handlungsbedarf bei diversen Bauteilen ergeben, welche im Zuge der Sanierung energetisch verbessert werden. In diesem Zusammenhang wird auch die Heizung erneuert. Eine Gesamtsanierung und grundsätzliche energetische Ertüchtigung ist aber nicht vorgesehen und würde deutlich höhere Kosten nach sich ziehen. Die Dachterrasse ist als direkt zugänglicher Aussenraum für die Klasse im Obergeschoss ein wichtiges Element und wird mit einem regengeschützten Bereich, einer Absturzsicherung, Sonnenschutz und mobilen Spielgeräten ausgerüstet. Die Umgebungsfläche wäre ohne diesen Bereich zu klein für zwei Klassen. Wenn eine grosse Photovoltaikanlage installiert würde, wäre der Aussenbereich verkleinert oder die Nutzung verunmöglicht. Für eine Photovoltaikanlage käme somit nur das kleine Hauptdach in Frage. Eventuell wäre diese Fläche geeignet für ein Contracting oder ein Projekt für die Solargenossenschaft, welche noch nicht gegründet ist, an der aber gemäss Gemeinderat intensiv gearbeitet wird. Contracting lässt sich wie folgt erklären: Mit einem Contractingvertrag können Gemeinden und Gewerbetreibende Solarstrom produzieren ohne selber Eigentümer einer Solaranlage zu werden und ist ein ökonomisch und ökologisch sinnvolles Modell, um Risiken zu minimieren und einen konstanten Stromtarif über die Vertragslaufzeit zu garantieren. Einige Fraktionsmitglieder stellten die Frage nach den Lichtverhältnissen, insbesondere der Hauptraum gilt als relativ düster. Diese Frage wurde vom Gemeinderat ebenfalls beantwortet. Vorgesehen sind Massnahmen wie den Ersatz der Ornamentfenster durch Klarglas. Die beiden Türen zum Garten werden durch Glastüren ersetzt und zwei abgedunkelte Fenster im Altarbereich freigelegt. Oberflächen wie beispielsweise die Holzdecke werden hell gestaltet. Der Raum wird dadurch deutlich heller. Die Fraktion Grüne hofft, dass die Räumlichkeiten zur allgemeinen Zufriedenheit saniert werden.

Clauss Susanne, Fraktion SP/JUSO: Auch die Fraktion SP/JUSO kann dem vorliegenden Geschäft zustimmen. Wir begrüssen, dass zusätzlicher Schulraum gefunden werden konnte. Im betroffenen Quartier ist dies nicht einfach. Die Fraktion SP/JUSO findet, dass eine gute und schöne Liegenschaft gekauft wurde. Der Umbau liegt kostenmässig im Rahmen. Zu den Investitionskosten stellen sich folgende Fragen:

1. Offenbar wurde der Verpflichtungskredit aufgrund der Kurzfristigkeit nicht in die Investitionsplanung aufgenommen. Der Gemeinderat erwähnt in seinem Bericht, dass die Kosten kompensiert werden. Wie und wo, respektive mit was werden die Kosten kompensiert?
2. Ausserdem möchten wir wissen, welche Architekten wie beauftragt wurden.

Rochat Julien, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: On parle ici de rénover un bâtiment datant de 1930 dont la structure serait encore solide. L'immeuble a été utilisé auparavant par l'Église néo-apostolique. Le bâtiment a déjà été, en partie rénové en 1978 et a été acquis par la Ville le 20 novembre 2019 pour une valeur de 750'000 fr. Si on y ajoute les rénovations, cela montra l'investissement pour cet immeuble à 1'490'000 fr. La Ville a promis la transformation du bâtiment en école et comme Bienne tient parole, cela devra être fait. Les travaux sont déjà prévus pour l'automne/hiver 2020. La Ville de Bienne a un besoin urgent de nouvelles classes d'école et de ce fait des grandes transformations auront lieu afin de créer ces deux écoles. Il y aura aussi une salle d'activités à l'étage supérieur, sans oublier un espace de jeux à l'extérieur, qui est un point positif pour les enfants. Comme dit par le Conseil municipal, le changement d'affectation nécessite l'obtention d'un permis de construire. Pour toutes ces raisons, le Groupe UDC/Les Confédérés soutien le projet tel que présenté.

Gugger Reto, Fraktion FDP: Die Fraktion FDP war sich schnell darüber einig, dass das vorliegende Geschäft unbedingt genehmigt werden muss. Einige Ansätze gefallen uns sehr gut, diese könnten in Biel Schule machen. Einerseits wurde eine grosse Kreativität an den Tag gelegt. Eine Kirche zu kaufen und in einen Kindergarten umzubauen ist nicht selbstverständlich. Die Nutzung ist komplett anders. Dieser kreative Spirit gefällt uns und passt zu Biel. Der zweite lobenswerte Ansatz ist die möglichst schnelle Umsetzung. Wir finden die vorliegende Lösung gut. Die Fraktion FDP unterstützt das Geschäft einstimmig.

Heiniger Peter, Fraktion Einfach libres!: Es bleibt nicht mehr viel zu sagen. Für die Fraktion Einfach libres! stellt sich die Frage nach der Kompensation auch. Wo werden die Kosten andernorts im Budget eingespart? Unbestritten bleibt jedoch der Bedarf. Die Fraktion Einfach libres! wird das vorliegende Geschäft einstimmig unterstützen.

Stolz Joseline, au nom du Groupe PSR: Le Groupe PSR soutient cette demande et l'ouverture d'une école enfantine au Crêt des Fleurs. C'est une nécessité surtout dans ce quartier où le nombre d'enfants est très important puisque d'autres écoles enfantines, dans ce quartier, ont dû être transformées ou fermées. Je ne vais pas tout répéter ce qui a été dit au niveau de l'investissement. Cette transformation est un plus aussi de par sa proximité avec l'école primaire car cela permet aux familles et parents de rester dans ce quartier et de construire un projet de vie. Le Groupe PSR vous demande donc de soutenir ce projet.

Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Das vorliegende Geschäft ist aussergewöhnlich aber auch spannend und herausfordernd. Ich denke, dass eine gute Lösung gefunden wurde. Die Vorteile wurden bereits erwähnt. Ich komme zur Frage der Finanzierung, respektive Kompensation: In der Investitionsplanung ist jeweils ein Betrag im Umfang von CHF 2 Mio. als Reserve für kurzfristige Schaffung von Schulraum vorgesehen. Für 2020 liegt kein anderes Projekt in Konkurrenz zum vorliegenden Verpflichtungskredit vor. Die Frage nach den beauftragten Architekten kann ich leider nicht einfach so beantworten. Dazu muss ich bei der entsprechenden Stelle nachfragen. Ich danke Ihnen für die Unterstützung des vorliegenden Geschäfts und die im voraus gestellten Fragen.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 6. Mai 2020 betreffend Blumenrain 6 / Einbau eines Kindergartens mit zwei Klassen / Überführung der Liegenschaft ins Verwaltungsvermögen / Verpflichtungskredit, gestützt auf Art. 39 Abs. 1 lit. a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

1. Für das Projekt Blumenrain 6 / Einbau eines Kindergartens mit zwei Klassen wird
 - a) die Liegenschaft Blumenrain 6 zu einem Verkehrswert von CHF 760'000.00 vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen überführt und
 - b) für die Umbauarbeiten und die provisorische Unterbringung der Kindergartenklassen bis zur Bezugsbereitschaft ein Verpflichtungskredit von total CHF 1'540'000.00 unter der Nr. 54000.0556 bewilligt.
2. Teuerungsbedingte Mehraufwendungen gelten als genehmigt.
3. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt. Er wird ermächtigt, notwendige oder zweckmässige Projektänderungen vorzunehmen, sofern sie den Gesamtcharakter des Projektes nicht verändern. Der Gemeinderat wird ermächtigt, diese Kompetenzen an die zuständige Direktion zu delegieren.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Soeben erfahre ich, dass noch eine Fraktionserklärung vorliegt. Ich erteile dazu Luca Francescutto das Wort.

98. Fraktionserklärung

Francescutto Luca, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: Récupération politique! Le Groupe UDC/Les Confédérés se posent certaines questions. Durant la crise du Covid 19, qui n'est pas encore terminée, est-il utile de le rappeler, de nombreux citoyens ont fait et font encore d'énormes sacrifices, tant sur le plan familial que sur le plan privé ou économique. Ceci, sans oublier les personnes ayant perdu un être cher durant cette période de confinement, qui vivent ce drame de manière particulièrement rude. Toute notre société doit faire de nombreux compromis malgré une situation qui s'améliore et des restrictions qui se réduisent sans disparaître pour autant. Une grande majorité de la population a bien respectée les normes de distanciation sociale

imposées et autres restrictions des libertés individuelles. Le Groupe UDC/Les Confédérés s'en réjouit pleinement.

Nous remercions tout particulièrement les grands-parents, catégorie à risque, qui se sont sacrifiés de manière exemplaire. Notre groupe se soucie tout autant de l'économie que de la santé des personnes tout en usant d'un devoir de proportionnalité et ce malgré les théories gauchistes traditionnelles tentant de nous déstabiliser en arguant le contraire. Il est clair que nombre d'indépendants devront déposer le bilan à cause d'une économie en crise. Je peux vous dire, tout aussi clairement, que ce ne sont pas des bons à 25 fr., comme votés dernièrement par la Gauche élargie au Centre, qui vont sauver l'économie. Je vois ici, plutôt une forme de récupération politique en vue des prochaines élections et une pommade afin de se donner bonne conscience. Pour être efficace, il faut surtout redonner du pouvoir d'achat aux consommateurs en les incitant à se rendre en Ville pour acheter local, en disposant de transports publics moins onéreux et de places de parking plus abordables et plus nombreuses, mais surtout de moins de contraintes en matière de circulation. Nous devons aussi mieux lutter contre la concurrence déloyale de certains magasins aux pratiques douteuses.

Alors que la majorité d'entre nous à jouer un rôle dans cette crise et continue de respecter les recommandations du Conseil fédéral et de l'Office fédéral de la santé publique, certaines organisations bien connues ont, malgré cela, appelé à manifester à Bienne. Ceci dans le mépris le plus total de la majorité de la population et en plus, bien souvent pour des causes n'ayant aucun lien avec la Ville de Bienne. Comment donc expliquer à mes enfants qu'ils ne peuvent pas jouer dehors ou retrouver une vie normale avec leurs amis et leurs grands-parents? La réponse à fusée: *«Mais pourquoi on fait ce sacrifice si d'autres ne respectent pas les règles? On ne comprend pas, cela est injuste»*. Bien que la réponse semble évidente et simple, elle n'en reste pas moins compliquée à expliquer à un enfant. Je trouve que cela s'appelle de la malhonnêteté, de l'irrespect et de l'égoïsme envers tous ceux qui ont dû fermer leur commerce, perdu leur emploi, sont tombés malade et ont souffert, sans oublier les professionnels de la santé, de la sécurité publique et bien d'autres encore.

Le pire dans cette triste affaire est que certains membres du Conseil de ville, présents ce soir, en désobéissant aux mesures mise en place, ont participé à des manifestations non autorisées, donc illégales. Non content de ne pas avoir montré l'exemple, ces élu-e-s censé-e-s avoir un minimum de respect ont publié les preuves de leur désobéissance civique sur les réseaux sociaux. Le comble du comble est que ces mêmes parlementaires irrespectueux se permettent ensuite de venir à la tribune nous faire la morale. De qui se moque-t-on? Depuis quatre années que je siége ici, j'ai eu l'occasion, à plusieurs reprises, d'observer des manifestations non autorisées. Toutefois, ce qui me dégoûte le plus est qu'une partie de la Gauche biennoise élargie est fière d'avoir participé à cela, sans aucune autorisation. À vouloir faire de la récupération à tout va, votre seul but n'est pas de faire de la politique intelligente et concrète mais de faire de la politique égoïste en prônant des doctrines de pensées uniques. Dans l'histoire, cela porte un nom que je ne ferai pas l'affront de nommer. Si cela est votre manière pas de faire, sachez, Mesdames et Messieurs, que ce n'est certainement pas la mienne ni celle des partis bourgeois de cet hémicycle.

99. 20200047 Bauliche energetische Optimierungen bei Gebäuden im Verwaltungsvermögen / Verpflichtungskredit

Wendling Cécile, GPK: Die Stadt Biel strebt für 2020 das Energiestadtlabel Gold an. Normale Energiestadt sind wir bereits heute schon. Der Stadtrat hat am 26. April 2012 den Gemeinderat beauftragt, die notwendigen Massnahmen zu ergreifen damit 2020 der European Energy Award Gold erreicht werden kann. (20080417 «Bericht des Gemeinderates an den Stadtrat betreffend Gemeinde-Volksinitiative zum Schutz des Klimas / Vorschlag zur Erfüllung») Die Erreichung des Goldlabels ist also ein Stadtratsauftrag. Ausserdem ist die Stadt verpflichtet, die Vorgaben gemäss dem überkommunalen Richtplan Energie umzusetzen. Um diese Ziele zu erreichen, spielen die Gebäude im Verwaltungsvermögen eine zentrale Rolle. Im Bereich Gebäude- und Energieversorgung ist ein grosser Teil der Punkte zu holen. Der Aufholbedarf an baulichen Sanierungen bei den städtischen Gebäuden ist gross. Zu betonen ist, dass es in erster Linie darum geht, das Energiestadtlabel Gold zu erreichen. Die ökonomischen Mehrwerte sind gering. In zwei Fällen werden Elektroheizungen ersetzt. Der Ersatz der Öl- und Gasheizungen kann unkontrollierte Ausfälle und kostspielige Einsätze von Notheizungen verhindern. Für die Umsetzung der Massnahmen wird ein Verpflichtungskredit von CHF 1,4 Mio. beantragt. Die erwarteten Förderbeiträge betragen nur rund CHF 60'000. Abklärungen der GPK haben ergeben, dass in dieser Schätzung die neusten Beitragserhöhungen pro Heizung bereits berücksichtigt sind. Die heute vorhandenen Ölheizungen sollen restlos ersetzt werden. Bei den Gasheizungen sind entsprechend dem Alter einzelne Heizungen ausgewählt worden. Bei den einzelnen Objekten wurden verschiedene Alternativen geprüft. Die jüngste Gasheizung im Kulturlokal Alte Krone beispielsweise wurde ausgewählt, weil dort ohnehin die Lüftung ersetzt werden muss. Der in der Spezialfinanzierung «Energiestadt» verbleibende Betrag von CHF 200'000 ist für Klimaschutzmassnahmen vorgesehen. Zudem wird im laufenden Jahr eine Stelle über diese Spezialfinanzierung bezahlt. Des weiteren plant der Gemeinderat, dem Stadtrat eine Vorlage über die künftige Klimapolitik samt Finanzierung zu unterbreiten. Mit dem vorliegenden Massnahmenpaket soll das Goldlabel erreicht werden. Die GPK stimmt dem vorliegenden Verpflichtungskredit einstimmig zu und empfiehlt diesen zur Annahme.

Scheuss Urs, Fraktion Grüne: Auch die Fraktion Grüne wird dem vorliegenden Verpflichtungskredit vorbehaltlos zustimmen. Die Details wurden von der GPK-Sprecherin bereits ausführlich dargelegt, vielen Dank. Bei der Beschäftigung mit der Klimapolitik wird schnell klar, dass die Ziele und das was tatsächlich passiert weit auseinanderklaffen. Die Schweiz beispielsweise wird das Klimaziel gemäss Bundesgesetz über die Reduktion der CO₂-Emissionen (CO₂-Gesetz; SR 641.71) nicht erreichen. Dabei geht es in der alten Fassung nur um eine Reduktion von 20% der Emissionen gegenüber 1990. Die im Bericht des Gemeinderats erwähnte Reduktion um 92% fällt auf und ist sehr erfreulich. Zusammengefasst lässt sich festhalten, dass mit dieser Vorlage möglichst schnell eine möglichst grosse Reduktion der Treibhausemissionen mit möglichst wenig Geld erzielt werden soll. Dies möglichst schnell umzusetzen ist klar. Die Fraktion Grüne unterstützt deshalb das vorliegende Geschäft.

Sprenger Titus, Fraktion Einfach libres!: Der vorliegende Verpflichtungskredit geht für die Fraktion Einfach libres! ganz klar in die richtige Richtung. Uns kann es nicht

schnell genug gehen. Insofern wünschen wir uns, dass nicht nur die Gebäude im Verwaltungsvermögen sondern auch jene im Finanzvermögen umgerüstet würden. Was überrascht ist die Tatsache, dass für die relativ neue Sporthalle Esplanade kaum mehr Leuchtmittel erhältlich sind und jetzt die gesamten Leuchten ersetzt werden müssen. Vermutlich war damals das Design wichtiger als die Garantie für einen möglichst langen Betrieb. Ein weiterer Wermutstropfen stellt der erst nachträgliche Anschluss an einen Wärmeverbund dar. Nichtsdestotrotz die Fraktion Einfach libres! wird das vorliegende Geschäft geschlossen unterstützen.

Strässler Thomas, Fraktion FDP: Grundsätzlich befürwortet die Fraktion FDP energetische Optimierungen bei städtischen Gebäuden, welche eine massive Reduktion von CO₂-Emissionen zur Folge haben. Wir würden es aber begrüssen, wenn die Stadt Biel ein energetisches Gesamtkonzept hätte in welchem Fernheizzentralen geplant und realisiert und die öffentlichen Gebäude angeschlossen würden. Oft fehlen den Fernheizzentralen die grossen Abnehmer. Städtische Anlagen wären da ideal. Stattdessen bauen wir jetzt für CHF 1,4 Mio. neue Wärmepumpenanlagen mit den notwendigen baulichen Anpassungen in ausgewählte Gebäude ein. Wenn die Liegenschaften später, und darauf hoffen wir sehr, an Fernheizzentralen angeschlossen werden, müssen die baulichen Massnahmen zurückgeführt und andere bauliche Anpassungen vorgenommen werden. Dies ist keine wirklich effiziente Planung. Die Fraktion FDP vermisst bei diesem Projekt eine frühzeitige Planung, ein weitsichtiges Konzept und die dadurch mögliche Kostenoptimierung. Trotz allem, und vor allem der Umwelt zuliebe, unterstützt die Fraktion FDP die Vorlage einstimmig.

Briechele Dennis, Fraktion GLP+: Auch bei der Fraktion GLP+ rennt das vorliegende Geschäft selbstverständlich offene Türen ein. Der schweizerische Gebäudepark ist einer der grössten Energieverbraucher. Die Umstellung auf erneuerbare Energie ist dementsprechend ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Energiewende und zu einer klimaneutralen Zukunft. In diesem Sinne unterstützt die Fraktion GLP+ dieses Geschäft gerne. Trotzdem bleiben offene Punkte wie der vorherige Sprecher bereits erwähnt hat. Die Esplanade ist nicht gerade das älteste Gebäude und hat bereits den Ersatz der Lampen nötig. Für Stirnrunzeln sorgte auch die Erwähnung im Bericht des Gemeinderats, dass diese Lampen praktisch immer eingeschaltet seien. Da stellt sich die Frage, ob nicht bei der Planung eines Gebäudes der optimale Nutzen von Tageslicht ein Kriterium sein sollte. Wie dem Bericht ebenfalls zu entnehmen ist, sollen unter anderem zwei Ölheizungen aus dem Jahr 2010 ersetzt werden. Seit Jahrzehnten wird die Stadt Biel politisch von rot-grün dominiert. Noch vor zehn Jahren hat diese Mehrheit offenbar neue Ölheizungen beschafft. Dies ist alles andere als ein Ruhmesblatt für die dazumal verantwortlichen Stellen.

Koller Levin, Fraktion SP/JUSO: Im letzten Jahr hat der Stadtrat oft über die Klimakrise diskutiert und einiges entschieden. Wir haben den Klimanotstand ausgerufen und den Gemeinderat beauftragt, ein Klimareglement auszuarbeiten. Der Stadtrat hat beschlossen, das Baureglement (SGR 721.1) mit energetischen Bestimmungen zu ergänzen. Nach diesen Beschlüssen folgt nun heute ein erstes Geschäft, bei welchem es um die konkrete Umsetzung geht. Das ist gut so. Für die Fraktion SP/JUSO ist jedoch klar, dass dies nur der Anfang sein kann. Dieses Geschäft ist nur der erste Schritt und damit wird nur das langgesteckte Ziel des Energiestadt-Goldlabels erreicht. Nach diesem Geschäft braucht es viele weitere Investitionen um

die Klimakrise entschieden zu bekämpfen. Mit dem vorliegenden Geschäft werden verschiedene Gebäude dekarbonisiert oder deren Energieeffizienz gesteigert. Temporäre Luft-Wärmepumpen werden eingebaut, die zu einem späteren Zeitpunkt durch Anschlüsse an Wärmeverbünde ersetzt werden. Die Luft-Wärmepumpen sind mobil und können in anderen Verwaltungsgebäuden eingesetzt werden. Das ist sinnvoll. Der Zeitpunkt macht das Geschäft noch sinnvoller. Die Coronakrise wird wohl zu einer starken Wirtschaftskrise führen. Mit gezielten öffentlichen Investitionen in den ökologischen Umbau wird nicht nur der Klimakrise begegnet sondern es werden auch sinnvolle wirtschaftliche Tätigkeiten in der Krise induziert. Dieses Investitionspaket reicht jedoch nicht aus. Zu einem späteren Zeitpunkt muss in der Coronakrise ein grösseres Programm mit sinnvollen Investitionen folgen. Der ökologische Umbau wird damit beschleunigt. Die öffentlichen Infrastrukturen und der Service public werden ausgebaut und auch die Gleichstellung der Geschlechter wird vorangetrieben. Die Fraktion SP/JUSO wird dem Geschäft selbstverständlich zustimmen.

Rochat Julien, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: Les mesures d'améliorations énergétiques avec les coûts de ce projet nous paraissent justifiées et totalement indispensables dans les bâtiments cités, car les installations se font de plus en plus vieillissantes. Cependant, quelques points nous ont tout de même interrogés. Dans son rapport, le Conseil municipal a relevé qu'une partie du projet sera financé par les comptes alimentés par l'impôt, car les comptes prévus à cet effet sont vides. Il aurait été intéressant de savoir ce qui sera fait dans le futur afin d'éviter une situation comme celle-ci afin que cela ne devienne pas une habitude. Nous avons aussi constaté que du point de vue balance/budget/rendement, le Conseil municipal mise principalement sur les réductions de CO₂ et de ce fait, tient moins compte du budget à disposition qui n'en est pas moins important. Malgré ses quelques remarques, le Groupe UDC/Les Confédérés accepte le projet d'amélioration des bâtiments administratifs.

Suter Daniel, au nom du Groupe PRR: Le Groupe PRR approuve ce crédit d'engagement. Le projet s'inscrit dans la droite ligne de l'objectif zéro carbone en 2050 et nous comprenons les mesures à prendre. Nous mettons toutefois toujours en doute le fait que nous ayons besoin d'un label pour atteindre cet objectif et estimons que nous sommes assez responsables. Des labels comme objet de prestige, nous n'en aurons pas besoin. Il s'agit d'utiliser les ressources disponibles dans la région afin de remplacer des ressources non renouvelables importées à coût de milliard de francs par année de l'étranger.

À la page 7 du rapport du Conseil municipal, au point 6.5, al. 1, la phrase *«Étant donné toutefois que le financement spécial ne dispose plus des moyens nécessaires, le projet doit être financé via le compte alimenté par les impôts»* nous a quelque peu interpellé. Ce rapport date du 19 février 2020 alors que dans les comptes que vous avez ce soir sur vos tables, ce même financement spécial disposait au 31 décembre 2019 d'encore 1.4 million de fr. Comment ce montant a-t-il été utilisé entre le 31 décembre 2019 et le 20 février 2020? Le financement par le compte des impôts veut probablement dire que cela va se faire par le compte de résultat. Cette phrase montre en fait l'ambiguïté de la création des financements spéciaux dans des situations pareilles, car ce projet sera réalisé peu importe la provenance du financement. On voit qu'un financement spécial ne sert à rien dans ce cas. Toutefois, cette réflexion dépasse déjà le cadre de l'objet que nous soutenons tout de même et vous demandons d'en faire de même.

Stolz Joseline, au nom du Groupe PSR: Le Groupe PSR remercie le Conseil municipal pour ce rapport. Nous sommes heureux que les mesures visant à l'amélioration du climat, particulièrement pour obtenir le label «Cité de l'énergie GOLD», soient prises afin de répondre largement à l'Accord de Paris mais aussi à viser la réduction des émissions de CO₂. Il est vrai que l'énergie procurée par les chauffages est énorme et que cette mesure permettra une vraie diminution des émissions de CO₂ et à terme à faire des économies. Il est logique de remplacer le système de chauffage lorsqu'il y a des rénovations ou des reconstructions de bâtiments. De même, lorsque des appareils sont vétustes ou inadaptés, il faut procéder à leur remplacement par un chauffage performant comme des pompes à chaleur. Le Groupe PSR s'est toutefois interrogé sur la pertinence du changement de ces installations alors que des installations ont été réalisées en 2009 et 2010. Sont-elles à ce point vétustes pour les changer maintenant? Même question pour les remplacements de luminaires pour une estimation de 110'000 fr. à l'Esplanade car ce bâtiment est relativement jeune et neuf? Nous espérons qu'à l'avenir les modèles de luminaires et les systèmes de chauffage seront mieux évalués dans une logique de durabilité. La situation actuelle pourrait être perçue comme du gaspillage pour certaines personnes. À l'heure de l'économie d'énergie, il est important d'économiser l'énergie grise également. Nous espérons aussi que l'on ne se contentera pas seulement de changer les installations des chauffages mais que l'on se souciera aussi de l'isolation mais également de coupler des isolations, qui devraient être faites.

On est tout à fait d'accord qu'il faut mettre en avant les améliorations énergétiques, mais il faut aussi réfléchir à la question de la priorité des investissements de la Ville et de tenir compte de tous les aspects en jeu. Il nous semble que ces mesures sont réalisées dans une certaine précipitation, sans se soucier des priorités. Le remplacement des installations qui datent du siècle passé en même temps que celles plus récentes est interpellant. Est-ce que les objectifs sont d'atteindre au plus vite le label «Cité de l'énergie GOLD» et répondre ainsi à l'Accord de Paris? Est-ce économiquement rationnel? Qu'en est-il de l'énergie grise générée par ces rénovations? Est-ce une économie réelle d'énergie si l'on considère que l'élimination des déchets et la production de nouvelles installations coûtent également chères à l'environnement? Nous souhaitons que ces questions soient prises en compte à l'avenir. Malgré toutes ces interrogations, le Groupe PSR accepte ces rénovations et soutient le crédit d'engagement, tout en gardant quand même à l'esprit la durabilité et la diminution de l'énergie grise.

Tennenbaum Ruth, Passerelle: Vorhin wurde das Contracting erwähnt. Wurde geprüft, ob für den Ersatz der Heizungen das System des Contracting angewendet werden kann? Damit könnten die Investitionskosten gesenkt werden.

Bord Pascal, PRR: Le Groupe PRR soutient cette affaire mais j'aurais une question concernant le financement. Le compte étant vide, il est noté dans le rapport que ces travaux sont financés par les impôts. Le budget actuel n'a pas de réserves. Cela signifie-t-il que l'on va augmenter les impôts pour financer cela ou bien réduire dans un domaine, mais dans lequel?

Schwicker Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Richtig ist, dass der CO₂-Ausstoss der Gebäude einen grossen Anteil am Gesamtausstoss der Schweiz hat. Es

handelt sich dabei um einen Anteil von ungefähr einem Viertel der Gesamtmenge. Die Stadt Biel kann und soll deshalb bei ihren eigenen Gebäuden Einfluss nehmen. Der Gemeinderat schlägt mit dem vorliegenden Verpflichtungskredit ein Massnahmenpaket vor. Er möchte einen Impuls setzen und vorwärtskommen. Es soll möglichst schnell ein möglichst grosser Effekt erzielt werden. Der städtische Gebäudepark ist relativ gross. Bei Gesamtsanierungen einzelner Gebäude wird jeweils der Energieträger geprüft. Das vorliegende Massnahmenpaket soll dort einen Impuls geben, wo zurzeit keine grösseren Sanierungen anstehen. Das ganze Paket führt zu einer recht grossen Einsparung. Ich gehe gerne auf die verschiedenen Fragen ein.

Herr Koller hat erste konkrete Massnahmen begrüsst. Es ist nicht die erste Massnahme aber ein systematischer Ansatz. Die Gruppe der Gebäude wurde ausgewählt weil sie heizungstechnisch schlecht ist. Herr Koller sagt aber auch zu Recht, dass noch viele Projekte folgen müssen. Wenn die Klimaziele erreicht werden sollen, ist das wirklich erst ein Anfang.

Die Herren Sprenger und Strässler erwähnten Fernwärmeverbünde. Müsste nicht systematischer vorgegangen werden und wo bleibt die Strategie? Sie wissen, dass in der Stadt Biel zwei grosse Fernwärmeverbünde existieren. Battenberg wurde durch eine externe Firma umgesetzt und Champagne vom ESB (Energie Service Biel/Bienne). Die Gasversorgung will der ESB durch Seewassernutzung erneuerbar gestalten. Der ESB hat eine Strategie wie die fossilen Energieträger schrittweise durch Wärmeverbünde ersetzt werden sollen. Dafür sind aber enorme Investitionen zu tätigen. Es müssen Heizzentralen und ein Leitungsnetz gebaut werden. Dieses Projekt wird uns über Jahre hinweg begleiten. Für die Stadt Biel ist deshalb wichtig, dass sie sich, wo immer möglich, den Fernwärmeverbünden anschliesst. Für die Anlage im Battenberg war die Stadt eine erste wichtige Ankerkundin. In der Champagne wurde das Schulhaus angeschlossen.

Zur Frage der Turnhallenbeleuchtung bei der Esplanade: Seinerzeit bei der Umsetzung des Bauprojekts meines Vorgängers war LED noch kein Thema. Auch in der später erbauten Tissot-Arena noch nicht, dort wurde die Beleuchtung nachträglich bereits umgerüstet. LED hat eine höhere Lebensdauer ist jedoch energetisch schlecht und im Unterhalt aufwändig.

Ich komme nun zu den verschiedenen Fragen der Finanzierung: Die Spezialfinanzierung «Energienstadt» verfügt nicht mehr über viel Geld. Die Spezialfinanzierung wurde seinerzeit geschaffen um das Energielabel Gold zu erreichen. Falls dieses Jahr der Goldstandard erreicht wird, ist die Finanzierung aufgegangen. Herr Suter hat richtig erwähnt, dass die Spezialfinanzierung Steuergelder enthält. Diese Investitionen werden, wie die normale Investitionsplanung ebenfalls, nach HRM2 (Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden) über die Lebensdauer hinweg abgeschrieben. Herr Rochat, im Bericht wurde ausgewiesen wo die Kompensationen vorgenommen werden. Es wird kein anderes Projekt gefährdet sondern in der Investitionsplanung kompensiert.

Frau Tennenbaum, Contracting für Heizanlagen wurde nicht geprüft. Contractinglösungen wurden grundsätzlich geprüft und ausser für Photovoltaikanlagen verworfen. Bei Contracting für Heizungen beispielsweise würden die Anlagen der Stadt

nicht gehören. Sie gehören dem Contractor und würden von der Stadt gemietet. Bei Photovoltaikanlagen kann dies durchaus sinnvoll sein. Für die Solaranlage auf dem Dach des Werkhofs beispielsweise wurde ein solcher Vertrag gemacht. Bei Heizungen im Gebäudeinnern ist es jedoch wichtig, dass diese bei der Stadt verbleiben. Contractinglösungen sind meistens teurer. Im Moment muss zwar nicht investiert werden aber über die gesamte Lebensdauer gesehen wird mehr bezahlt.

Zum Schluss möchte ich noch etwas zur Energiestadt sagen: Herr Suter sagte vorhin, dass das Label bloss erreicht werden soll, um ein Zertifikat aufhängen zu können. Über 450 Gemeinden und Städte in der Schweiz sind, oft bereits lange, Energiestädte. Das Label bietet ein systematisches Instrument um einen Plan zu entwickeln, umzusetzen und den Effekt zu beobachten. Gerade im Energiebereich verpuffen sehr viele Massnahmen. Mit dem Energiestadtlabel werden Daten erhoben und können verglichen werden. Dank Energiestadt wissen wir, dass die Gebäude im Verwaltungsvermögen zu 31% erneuerbar beheizt werden. Dieser Anteil ist relativ hoch. Bei sämtlichen Gebäuden beträgt dieser Anteil 3 bis 4%. Ich danke für die Unterstützung des vorliegenden Geschäfts.

Herr Suter, Sie haben noch eine Frage zum Kontostand der Spezialfinanzierung gestellt?

Suter Daniel, au nom du Groupe PRR: Je constate simplement que le 31 décembre 2019, ce fonds devait être doté de 1.4 million de fr. et vous nous dites le 20 février 2020, que vous ne pouvez plus financer ces travaux d'un montant de 1.1 million de fr. avec ce même compte. Voilà la question que j'avais posée, Madame Schwickert.

Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Der Betrag ist zwar verplant aber von der Spezialfinanzierung noch nicht abgebucht. Es wurden Verpflichtungen eingegangen, wie die von der GPK-Sprecherin erwähnte Stelle, welche bis Ende Jahr finanziert wird.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 19. Februar 2020, gestützt auf Art. 39 Abs. 1 lit. a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

1. Das Projekt Energetische Optimierungen bei Gebäuden im Verwaltungsvermögen, Verpflichtungskredit, wird genehmigt und dafür ein Verpflichtungskredit von total CHF 1'400'000.00 unter der Nr. 54000.0447 bewilligt.
2. Teuerungsbedingte Mehraufwendungen gelten als genehmigt.
3. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt. Er wird ermächtigt, notwendige oder zweckmässige Projektänderungen vorzunehmen, sofern sie den Gesamtcharakter des Projektes nicht verändern. Der Gemeinderat wird ermächtigt, diese Kompetenzen an die zuständige Direktion zu delegieren.

100. 20120208 Kongresshaus-Hochhaus / Ersatz Klimakonvektoren zur Weiterführung des Betriebs bis zur Sanierung / Verpflichtungskredit

Wendling Cécile, GPK: Das Kongresshaus muss in den kommenden Jahren umfassend saniert werden. Insbesondere im Hochhaus wo seit 1990 nicht mehr saniert wurde, ist die Gebäudetechnik immer weniger funktionstüchtig. Die klimatischen Arbeitsbedingungen im Hochhaus des Kongresshauses sind erwiesenermassen untragbar geworden. Die Klimakonvektoren müssen ersetzt werden. Zunehmende Ausfälle dieser Geräte wurden festgestellt und es kam bereits zu Wasserschäden. Die Kostenübernahme innerhalb des Budgets ist nicht mehr machbar. Die GPK erachtet aufgrund der Umstände den Ersatz der Klimakonvektoren als dringlich. Einer Sanierung des Kongresshauses kann nicht mehr zugewartet werden. Trotz der hohen Anschaffungskosten über eine kurze Nutzungsdauer, das heisst der kurzen Amortisationsdauer, stimmt die GPK dem beantragten Verpflichtungskredit von CHF 550'000 einstimmig zu.

Rindlisbacher Hugo, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Gemäss dem vorliegenden Bericht des Gemeinderats sollte in fünf Jahren die Sanierung des Kongresshauses erfolgen. Jetzt wird festgestellt, dass die Klimakonvektoren, Schläuche und die zentrale Steuerung nicht mehr fünf Jahre halten und ersetzt werden müssen. Die Begeisterung der Fraktion SVP/Die Eidgenossen für den vorliegenden Verpflichtungskredit hält sich dementsprechend in tiefen Grenzen. Der ehemalige Stadtrat und Fraktionskollege, Pascal Fischer würde wohl einmal mehr beantragen, das ganze Gebäude zu sprengen (*Gelächter*). CHF 550'000 für 100 Klimakonvektoren und Anschlussschläuche, welche dann bereits nach fünf Jahren ersetzt werden, spricht nicht gerade für einen schonenden Umgang mit Ressourcen und auch nicht für einen sparsamen Umgang mit Steuergeldern. Um die im Bericht des Gemeinderats erwähnten Risiken zu vermeiden, wird jedoch ein Grossteil der Fraktion SVP/Die Eidgenossen dem vorliegenden Geschäft zustimmen.

Loderer Benedikt, Grüne: Selbstverständlich können Sie das Kongresshaus sprengen. Nur entsteht nachher ein leeres Grundstück ohne Verwaltungshochhaus und ohne Hallenbad. Auch der grosse Saal, wo wir uns heute befinden wäre weg. Das Abbrechen des alten Baus würde ungefähr CHF 10 Mio. kosten. Was würden Sie anschliessend auf dem Grundstück bauen? Vermutlich würde die Fraktion SVP/Die Eidgenossen einen grossen Parkplatz erstellen (*Gelächter*). Ich mache erneut darauf aufmerksam, dass die «Bieler Kathedrale» nicht abgerissen sondern gepflegt werden sollte.

Stolz Joseline, au nom du Groupe PSR: Le Groupe PSR a pris connaissance avec intérêt du rapport du Conseil municipal et l'en remercie. La maison-tour du Palais des Congrès, sujet récurrent au niveau des entretiens et rénovations, devra subir une rénovation complète d'ici quelques années. C'est un peu le serpent qui se mord la queue. Il est effectivement nécessaire de procéder relativement rapidement au remplacement des ventilo-convecteurs. Il en va du maintien de la qualité des conditions de travail de toutes ces personnes engagées au sein de ce bâtiment. Pour celles et ceux qui ont la chance de se réunir une fois ou l'autre dans l'un des bureaux du Palais des Congrès, la situation est très claire: il fait soit trop chaud ou humide, soit trop froid ou sec, mais c'est de toute façon trop bruyant si la climatisation fonctionne. L'entretien

voire le remplacement de certaines installations, comme les ventilo-convecteurs dans le cas présent, reste primordial et doit garantir des conditions de travail adéquate. Le principal problème réside dans le fait que le bâtiment nécessitera d'ici quelques années d'une rénovation complète, mais qu'il n'est plus possible d'attendre ce délai pour effectuer le remplacement de ces appareils. Sera-t-il possible de réutiliser ce matériel lors de la rénovation complète du bâtiment? Si cela ne devrait pas être le cas, la durée d'amortissement reste effectivement très courte. Au-delà de cette problématique le Groupe PSR se rend compte de la nécessité de procéder à ces travaux et soutient cette demande de crédit d'engagement.

Schwicker Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Frau Stolz, ich beantworte zuerst Ihre Frage: Die neuen Geräte können bei der geplanten Sanierung des Kongresshauses nicht weiter verwendet werden. Es bleibt bei der kurzen Abschreibzeit. Die Lebensdauer der neuen Geräte würde etwa 15 Jahre betragen. Im Moment gehen wir davon aus, dass in circa fünf Jahren mit der Sanierung angefangen werden kann. Vorgesehen ist dann auch der Einbau eines besseren Lüftungssystems. Jetzt ist dies aber nicht möglich, weil dazu tiefergehende Eingriffe notwendig wären. Das vorliegende Geschäft ist also mehr eine Pflichtübung anstelle der Kür. Ich verstehe Herrn Rindlisbacher und die begrenzte Begeisterung der Fraktion SVP/Die Eidgenossen. Bei mir hält sie sich ebenfalls in Grenzen.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 18. März 2020, gestützt auf Art. 39, Abs. 1 lit. a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

1. Das Projekt Kongresshaus-Hochhaus / Ersatz Klimakonvektoren zur Weiterführung des Betriebs bis zur Sanierung wird genehmigt und dafür ein Verpflichtungskredit von total CHF 550'000.00 unter der Nr. 54000.0542 bewilligt.
2. Teuerungsbedingte Mehraufwendungen gelten als genehmigt.
3. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt. Er wird ermächtigt, notwendige oder zweckmässige Projektänderungen vorzunehmen, sofern sie den Gesamtcharakter des Projektes nicht verändern. Der Gemeinderat wird ermächtigt, diese Kompetenzen an die zuständige Direktion zu delegieren.

101. 20200050 Ersatzanschaffung von fünf Elektrokehrkraftfahrzeugen / Verpflichtungskredit

Zumstein Joël, GPK: Im vorliegenden Geschäft geht es um die Ersatzbeschaffung von fünf Elektrokehrkraftfahrzeugen. Die heutige Flotte der Stadt Biel ist überaltert. Sieben der zehn Fahrzeuge sind 12 Jahre alt. Fünf der sieben Fahrzeuge sollen jetzt durch elektrische Fahrzeuge ersetzt werden. Warum liegt das Geschäft jetzt vor? Der sogenannte wirtschaftliche Ersatzzeitpunkt (WEZ) wurde bereits 2016 erreicht. Ab diesem Zeitpunkt übersteigen die jährlichen Gesamtkosten eines Fahrzeugs, wie Abschreibung, Instandhaltung und Zinsen den Restwert desselben. Grundsätzlich wäre

die weitere Nutzung der Fahrzeuge möglich. Es würden aber höhere finanzielle Risiken entstehen und die Versorgungssicherheit wäre gefährdet. Zu bedenken ist ausserdem die lange Lieferfrist der Fahrzeuge von ungefähr 1 1/2 Jahren. Die GPK hat über das Ausfallrisiko diskutiert. Bei einem Ausfall würden für die Miete eines Ersatzfahrzeugs pro Tag rund CHF 2'500 anfallen. Auf Nachfrage bei der zuständigen Direktion bezüglich der Wartung der Fahrzeuge wurde der GPK beschieden, dass die Fahrzeuge zwar weiterhin gewartet werden, allfällige Reparaturen aber nicht mehr zwingend ausgeführt würden. Die effektiven Ausfallkosten sind im Moment nicht bezifferbar. Für die Ersatzbeschaffung wurden folgende Varianten geprüft:

Variante 1, der Ersatz mit Dieselfahrzeugen, wäre in der Anschaffung am kostengünstigsten. Der Unterhalt jedoch würde durch die «Stopp and Go» Fahrweise überdurchschnittlich hohe Kosten verursachen. Die Lärmemissionen dieser Fahrzeuge sind ein weiterer Nachteil. Ausserdem würde die Dieselvariante verschiedenen Entscheiden des Stadtrats und den strategischen Leitlinien 2030 des Gemeinderats widersprechen.

Als 2. Variante käme die Beschaffung von erdgasbetriebenen Fahrzeugen in Frage. Dieser Antrieb wäre nur bei Verbrauch von Bioerdgas sinnvoll. Der Anteil an Bioerdgas beträgt aber gemäss EWB (Energie Wasser Bern) in der Schweiz nur 30%. Dies hätte einen ähnlichen Wirkungsgrad wie bei Dieselfahrzeugen zur Folge.

Die 3. mögliche Variante wären Fahrzeuge mit Wasserstoffantrieb. Heute gibt es aber lediglich zwei Wasserstofftankstellen in der Schweiz.

Die 4. Variante schliesslich sind die elektrisch betriebenen Fahrzeuge. Der Bericht des Gemeinderats führt aus, dass die Solaranlage auf dem Dach des Werkhofs günstigen Solarstrom liefert. Damit würde die Ökobilanz verbessert und führt zu CO₂-Einsparungen von rund 175 Tonnen pro Jahr. Für die GPK ist das Argument der Solaranlage ein bisschen mager. Die Solarzellen produzieren tagsüber Strom, welcher in das Netz des ESB (Energie Service Biel/Bienne) eingespiesen wird. Tagsüber sind die Fahrzeuge im Einsatz und können nicht aufgeladen werden. Der Strom wird während der Nacht zum Betanken der Fahrzeuge aus dem Netz des ESB bezogen.

Ein kurzes Wort noch zum Beschaffungsprozess. Im Bericht des Gemeinderats steht, dass bereits Kontakt zu Anbietern hergestellt wurde. Aus Sicht der GPK birgt der Kontakt zu Anbietern in dieser Phase das Risiko einer späteren Einsprache von Konkurrenzfirmen gegen den Zuschlag.

Ich komme zu den Kosten: Die fünf Elektrofahrzeuge weisen trotz der höheren Anschaffungskosten tiefere Betriebskosten und tiefere Gesamtkosten über rund 10 Jahre aus. Der vorliegende Verpflichtungskredit beläuft sich auf die Summe von CHF 4 Mio. und wird der Sonderrechnung Kehrriechtswesen belastet. Die jährlichen Kapitalfolgekosten betragen CHF 500'000 pro Jahr. Die GPK fragte nach dem Risiko für den Ersatz von schadhaften Batterien und dessen Kosten. Mit der Ausschreibung wird ein Wartungsvertrag und die Erhöhung der Garantiezeit gefordert, was einen «Kostengarant» darstellt. Experten rechnen mit einer Lebenszeit von ungefähr 15 Jahren für die Batterien. Erste Erfahrungswerte zeigen, dass es äusserst selten zum Defekt der Batterien kommt. Soweit die Antwort des Gemeinderats. Die GPK stellte

ausserdem die Frage, wann die letzten zwei Fahrzeuge ersetzt werden. Ist der Ersatz dieser beiden Fahrzeuge allenfalls als Option zur aktuellen Beschaffung vorgesehen? Der Gemeinderat sagt dazu, dass zum Zeitpunkt der Beschaffung der beiden Fahrzeuge mit technischen Verbesserungen und günstigeren Preisen zu rechnen sei. Die GPK empfiehlt die Zustimmung zum vorliegenden Verpflichtungskredit.

Sutter Andreas, Fraktion FDP: Aufgrund meiner Erfahrungen mit Elektrofahrzeugen, habe ich an der Sitzung der Fraktion FDP meine Bedenken geäussert. Die Rückfragen bei der zuständigen Direktorin, Frau Schwickert und ihren Mitarbeitenden wurden in einem äusserst fruchtbaren Gespräch zufriedenstellend beantwortet. Die Fraktion FDP wird das vorliegende Geschäft unterstützen. Frau Schwickert hat zugesichert, dass sie meine Ratschläge befolgen wird. Meine Bedenken gründeten darin, dass die Batterieleistung der vorgesehenen Fahrzeuge nicht für einen ganzen Arbeitstag ausreicht. Der Energieverbrauch ist durch die stundenlange «Stopp and Go» Fahrweise sowie das stetige Pressen der Zuladung äusserst hoch. Geplant sind jedoch grössere Batterien. Durch deren grösseres Gewicht wird aber die Zuladungskapazität des Fahrzeugs reduziert. Eventuell müssen infolge der geringeren Zuladung zusätzliche Fahrten unternommen werden. Die Kalkulation der Leistung ist sehr knapp und reicht gerade bis ins Beaumontquartier oder Leubringen. In der Ausschreibung ist ein Vollwartungsvertrag vorzusehen. Die Leistung der Batterien sollte für mindestens zehn Jahre garantiert werden. Die Kosten für den Vollwartungsvertrag wurden im vorliegenden Bericht nicht eingerechnet. Der Break-Even mit einem Elektrofahrzeug wird vor zehn Betriebsjahren erreicht. Ein Elektrofahrzeug kostet in der Anschaffung rund dreimal mehr als in der Dieselsversion. Über zehn Jahre fallen die Kosten jedoch deutlich geringer aus. Die Anzahl der Ladestationen für Elektrofahrzeuge zu erhöhen, empfiehlt sich.

Ogi Pierre, au nom du Groupe PSR: Monsieur Rebetez n'étant pas présent, je prends la parole en son nom car il m'a remis ses notes. Le Groupe PSR a pris connaissance avec intérêt du rapport du Conseil municipal et constate, en effet, qu'il faudra procéder au remplacement de quelques véhicules. Procéder au remplacement de ces camions à moteur diesel par des camions électriques est judicieux et répond parfaitement au postulat «Priorité à la mobilité électrique pour les véhicules de la Ville de Bienne». Mieux encore, les émissions de CO₂ demeurent un objectif primordial. Au vu des chiffres annoncés, les économies en matière de frais d'exploitation ne seront pas négligeables. La démarche est donc pertinente et judicieuse.

Compte tenu des circonstances actuelles et des moyens financiers mis à disposition, le Groupe PSR s'est tout de même posée la question de la nécessité de procéder à l'achat de cinq camions. Ne serait-il pas possible ou envisageable d'économiser un camion et de reporter cet investissement, tout en utilisant certaines machines plus longtemps? Comment justifier une telle réduction? C'est relativement simple et logique car les nouveaux camions seront certainement plus rapides et performants que les anciens. Lorsque je constate, à la page 7 du rapport du Conseil municipal, qu'il est mentionné, je cite: *"Il est impossible d'exploiter rentablement un camion totalisant quelques 17'000 heures de service (soit env. 1 million de km)"*, je me pose des questions. Si mes calculs sont exacts, 1 million de km en 17'000 heures de service représentent tout de même une respectable moyenne de 58 km/h, inclus les «Stopp and Go» nécessaires pour le chargement des ordures. Une jolie cadence pour dire

qu'en principe la Ville de Bienne est soumise au règlement de 50 km/h et même 30 km/h pour certains quartiers. On constate donc que la Direction de la sécurité serait bien inspirée à placer des radars aux passages des camions à ordures afin d'équilibrer les comptes de la Ville par un apport massif de contraventions. Suite à ce petit clin d'oeil car oui, le virus de l'humour ne doit pas être vaincu en ces temps de pandémie, le Groupe PSR soutient cet investissement et propose d'acheter ces camions aussi vite que possible et de les faire circuler aussi lentement que nécessaire.

Schneider Veronika, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen hat das vorliegende Geschäft kontrovers diskutiert und bleibt gespalten. Die Fraktion erkennt den Ersatzbedarf der alten Kehrriechtfahrzeuge. Klar ist ausserdem, dass der Ersatz der Fahrzeuge kostspielig ist. Es bleiben aber zuviele Fragen offen. Ein Diskussionspunkt in der Fraktion SVP/Die Eidgenossen war, ob alle fünf Fahrzeuge gleichzeitig durch Elektrofahrzeuge ersetzt werden müssen. Auch die Lebensdauer der Batterien hinterfragt die Fraktion kritisch. Im Bericht des Gemeinderats ist nicht erwähnt, ob Schnellladestationen geplant sind. Dies wären aber wohl notwendig. Was kostet eine Ladestation in Anschaffung und Unterhalt? Der Gemeinderat schreibt in seinem Bericht, dass das Personal im Werkhof noch nicht für den Unterhalt der Elektrofahrzeuge geschult wurde. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen möchte wissen, wann diese Ausbildung geplant ist und zu welchen Kosten. Aus diesen Gründen **beantragt die Fraktion SVP/Die Eidgenossen, die Beschaffung von drei Elektrofahrzeugen mit der Option für die Anschaffung von zwei weiteren innerhalb von 24 Monaten, sofern sie sich im Betrieb bewähren.** Wir sind der Meinung, dass die Fahrzeuge gestaffelt beschafft werden sollten. Anscheinend wurden in einigen Städten mit diesen Fahrzeugen nicht nur positive Erfahrungen gemacht. Alle Fahrzeuge gleichzeitig zu beschaffen ist nicht sinnvoll. In zehn Jahren sind wir dann gleich weit wie heute. Aus diesen Gründen bleibt die Fraktion SVP/Die Eidgenossen gespalten. Einige Mitglieder werden den vorliegenden Verpflichtungskredit deshalb ablehnen.

Grupp Christoph, Fraktion Grüne: Ich bin hoch erfreut über das vorliegende Geschäft. Im März 2019 haben ich und einige Miturhebende die überparteiliche Motion 20190085 «Vorrang für E-Mobilität für Fahrzeuge der Stadt Biel» eingereicht. Ich war ein wenig enttäuscht, dass der Vorstoss nur als Postulat entgegengenommen wurde. Sie sehen aber an diesem Beispiel, dass auch ein Postulat sehr schnell etwas bewirken kann. Es besteht also noch Hoffnung. Im Januar 2020 wurde das Postulat im Stadtrat erheblich erklärt. Heute steht bereits die Beratung über die Beschaffung von fünf Elektrofahrzeugen an. Über das Anliegen wird wirklich in rekordverdächtig kurzer Zeit entschieden! Ich danke den Miturhebenden des Vorstosses für ihre Unterstützung und hoffe, dass sie ebenfalls so zufrieden sind wie ich. Als die Motion eingereicht wurde, war noch von einem Pilotversuch eines einzigen Elektrokehrriechtfahrzeugs in Thun die Rede. Heute geht es um die Anschaffung von fünf E-Kehrriechtfahrzeugen in Biel. Sie sind nicht nur ökologisch sondern auch wesentlich leiser. Für alle, welche sich am frühen Morgen am Lärm der Kehrriechtfahrzeuge vor dem Haus stören, ist dies eine gute Nachricht. Eine Reduktion um 20 Dezibel bedeutet in der Tat nur noch einen Viertel der Lautstärke. Die Dezibelskala ist nicht linear. Die Fraktion Grüne empfiehlt den vorliegenden Verpflichtungskredit zur Annahme. Den Antrag der Fraktion SVP werden wir ablehnen.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Der Antrag der Fraktion SVP/Die Eidgenossen wurde soeben zurückgezogen. Ein Teil der Fraktionsmitglieder wird den vorliegenden Verpflichtungskredit ablehnen.

Pittet Natasha, au nom du Groupe PRR: Le Groupe PRR s'était demandé au début de sa réflexion si la force des batteries serait suffisante afin de durer pendant huit heures. Étant donné l'explication détaillée faites par Monsieur Sutter, notre groupe est rassuré de savoir que les caractéristiques techniques sont suffisantes. Notre deuxième question posée concernait l'énergie grise nécessaire pour fabriquer ces piles au lithium. En effet, nous savons tous que ce ne sont pas des piles propres. C'est une énergie qui est propre lorsqu'on l'utilise mais pas dans sa création. Je ne peux que croire la réponse que l'on nous a donnée qui mentionne que l'énergie grise créée est inférieure à la pollution créée lorsque des camions à moteur diesel circulent en Ville. Notre groupe va accepter ce crédit d'engagement.

Meyer Miro, Fraktion SP/JUSO: Fünf überalterte Diesel-Kehrriichtfahrzeuge müssen dringend ersetzt werden, um hohe Mietkosten aufgrund von Ausfällen zu vermeiden. Dass die neuen Fahrzeuge mit Elektro- oder mit anderweitig erneuerbarer Energie angetrieben werden, ist angesichts der Tatsache, dass letzten Herbst in Biel der Klimanotstand ausgerufen wurde aus Sicht der Fraktion SP/JUSO zwingend. Mit der Erheblicherklärung der Motion 20190126 «Streikende Jugendliche ernst nehmen! – Klimanotstand ausrufen» hat der Stadtrat beschlossen, dass sämtliche Vorhaben der Stadt Biel klimaneutral sein müssen. Vor diesem Hintergrund wäre der Kauf von Dieselfahrzeugen ein Widerspruch zu den stadträtlichen Beschlüssen und ein Schlag ins Gesicht der jüngeren BielerInnen. Die Fraktion SP/JUSO ist sich bewusst, dass auch Elektrofahrzeuge ökologische Probleme verursachen. Über die Batterien gelangen giftige Stoffe in die Umwelt. Auch ist die erneuerbare Energie für den Stromantrieb limitiert. Das heisst, nicht alle motorisierten Fahrzeuge können durch elektrobetriebene Fahrzeuge ersetzt werden. Wir müssen auch die motorisierte Mobilität ersetzen. Die Elektromobilität ist die Lösung, wenn auf Fahrten nicht verzichtet werden kann, wie dies bei der Kehrriichtabfuhr der Fall ist. Ausser dem Wegfall der CO₂-Emissionen hat die Elektromobilität zudem den Vorteil, dass die Umwelt mit weniger Lärm und Luftschadstoff belastet wird. Für die Fraktion SP/JUSO ist klar, dass die Stadt Biel vor dem Hintergrund der drohenden Klimakatastrophe so schnell wie möglich klimaneutral werden muss. Mit dem vorliegenden Geschäft machen wir einen kleinen Schritt in diese Richtung. Die Fraktion SP/JUSO wird das Geschäft einstimmig unterstützen.

Rindlisbacher Hugo, Die Eidgenossen: Die Stadt Thun besitzt bereits ein Elektrofahrzeug. Schafft neu aber Hybridfahrzeuge an. Diese Fahrzeuge haben einen Verbrennungsmotor, alle Nebenantriebe sind elektrisch. Dies hat den Vorteil der, von Christoph Grupp erwähnten tiefen Lärmemission und von längeren Betriebszeiten. Meine Frage an die zuständige Gemeinderätin: Wurden solche Fahrzeuge geprüft?

Schwicker Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Ich danke Herrn Sutter für die Hinweise und den interessanten Austausch im Beisein des Flottenmanagers der Stadtverwaltung. Das Thema erfordert ein grosses Fachwissen. Im Gespräch haben sich Experten zu einer äusserst aufschlussreichen Diskussion getroffen! Der Flottenmanager hat sich die Anregungen von Herrn Sutter notiert und achtet bei der

Ausschreibung und anschliessend bei der Umsetzung im Betrieb darauf. Die Vorteile der Elektromobilität, auch bei Kehrrichtfahrzeugen liegen in der Reduktion von Lärm und CO₂-Ausstoss. Das ist sowohl für die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung aber vor allem für die Bieler Bevölkerung angenehmer. Die Stadtverwaltung ist bestrebt, wo immer möglich und bewährt, auf Elektromobilität umzusteigen.

Warum gerade alle fünf Fahrzeuge auf einmal ersetzen? Eine gestaffelte Anschaffung ist nicht möglich weil eine grosse Anzahl von Fahrzeugen bereits 12 Jahre alt ist. Bis diese ersetzt werden, sind sie 13 Jahre alt. Jedes Fahrzeug wurde einzeln auf seinen Zustand analysiert. Wie vom GPK-Sprecher bereits erwähnt, birgt das Zuwarten und Verschieben enorme Risiken für den Einsatz in Biel und den umliegenden Gemeinden, abgesehen von den hohen Kosten. Vor 12 Jahren wurden gleichzeitig acht von zehn Fahrzeugen beschafft. Dies war eine enorme Investitionsspitze. Mit dem vorliegenden Modell, die Hälfte der Flotte jetzt zu ersetzen und die andere Hälfte in ungefähr zwei Jahren, kann die Investitionsspitze geglättet werden.

In Bezug auf die Finanzen, welche Herr Ogi erwähnt hat, wird für den vorliegenden Verpflichtungskredit eine Sonderrechnung belastet. Mein Vorgänger hat im Hinblick auf den Ersatz der Fahrzeugflotte sowie der Erneuerung des Recyclinghofes bereits die Tarife erhöht. Im Moment kassiert die Stadt einen Überschuss von ungefähr CHF 1,3 Mio. pro Jahr ein. Dies erlaubt, die Investition heute zu tätigen. Die Rücklagen wurden für diesen Bedarf geschaffen.

Herr Rindlisbacher fragte, ob hybride Modelle geprüft wurden. Dies haben wir nicht getan, sondern rein auf Elektrofahrzeuge gesetzt. Wir sind überzeugt, dass dies die Zukunft ist. Elektrofahrzeuge sind andernorts bereits im Einsatz und für die Stadt Biel sind sie die beste Lösung.

Herr Ogi hat festgestellt, dass die Zahlenangaben zur Wirtschaftlichkeit im Bericht des Gemeinderats eine durchschnittliche Fahrgeschwindigkeit der Kehrrichtfahrzeuge von 50 km/h ergeben. Das kann nicht stimmen. Ein Kehrrichtfahrzeug fährt per se langsam und hält extrem oft. Mit Tempo 50 fahren die Kehrrichtfahrzeuge sicher nicht durch Stadt. Die beiden mitfahrenden BeladerInnen hätten dabei ganz schön die Haare im Wind! Für diesen Fehler entschuldige ich mich. Ich danke Ihnen für die Unterstützung des vorliegenden Geschäfts.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel, nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 11. März 2020, gestützt auf Art. 39 Abs. 1 Bst. a und unter Vorbehalt **des fakultativen Referendums** gemäss Art. 14 der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1), **beschliesst:**

1. Für die Ersatzanschaffung von fünf Elektrokehrrichtfahrzeuge wird ein Verpflichtungskredit von CHF 4'000'000 bewilligt.
2. Teuerungsbedingte Mehraufwendungen sowie Mehrkosten in Folge der Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes gelten als genehmigt.

3. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt. Er wird ermächtigt, notwendige oder zweckmässige Projektänderungen vorzunehmen, die den Gesamtcharakter des Projektes nicht verändern. Der Gemeinderat wird ermächtigt, diese Kompetenz an die zuständige Direktion zu delegieren.

102. Begründung der Dringlichkeit des überparteilichen Postulats 20200224, Bohnenblust Peter, FDP, Gurtner-Oesch Sandra, GLP, Bord Pascal, PRR, Schneider Sandra, SVP, Gugger Reto, BDP, Brunner Thomas, EVP, Grupp Christoph, Grüne, Tennenbaum Ruth, Passerelle, Arnold Niels, SP «Das Budget 2021 soll mit Blick auf die mittelfristigen Finanzperspektiven diskutiert werden können»

Bohnenblust Peter, FDP: Es geht um die Dialogverweigerung der Gemeindebehörden zu den Verkehrsmassnahmen im Lindenquartier. Warum ist der Vorstoss dringlich? Im April 2019 wurde vom Lindenquartierleist eine Petition eingereicht, welche die Sistierung des Verfahrens und den Dialog mit dem Lindenleist fordert. Der Gemeinderat lehnte die Sistierung seinerzeit mit der folgenden Erklärung in seiner Medienmitteilung vom 3. Juli 2019 ab: *«Er ist jedoch bereit, hinsichtlich der Umsetzung der Massnahmen mit dem Lindenquartierleist in einen Dialog zu treten, falls ihm die Kantonsbehörde Recht gibt.»* Was ist passiert? Die Signalisation wurde aufgestellt ohne dass Gespräche stattgefunden haben. Die Hauptzufahrtsroute zu den Sportanlagen im Waldrain wurde so geändert, dass sie nicht mehr benützt werden kann. Der Verkehr zirkuliert jetzt durch das Quartier. Die Wegleitung wurde nicht über den Meisenweg gemacht. Im Urteil des Verwaltungsgerichts steht, dass die Gemeinde auf die geplante Routenführung zu behaften ist und diese umzusetzen hat. Die Massnahmen müssen jetzt umgesetzt werden.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

Sitzungsunterbruch 20.00 Uhr – 20.35 Uhr

103. 20200059 Teilrevision und spätere Ausserkraftsetzung des Reglements über die Spezialfinanzierung Nachhaltige Haushaltssanierung (NHS 2016+) Realisierungs- und Umstrukturierungskosten Contrat social (Reglement Contrat social; RCS; SGR 153.50) / Verteilung der Mittel aus der Spezialfinanzierung Contrat social zu Gunsten der Pensionskasse / Genehmigung der Anschlussvereinbarung Einwohnergemeinde Biel – PK Biel per 1.1.2020

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Zum vorliegenden Geschäft liegt ein Rückweisungsantrag der Fraktion Einfach libres! vor, welcher sofort zu behandeln ist.

Rückweisungsantrag

Augsburger-Brom Dana, Fraktion Einfach libres!: Im Rahmen der Revision des Personalreglements der Stadt Biel wurde das Frauenrentenalter erhöht. Im Stadtrat waren zahlreiche Mitglieder gegen diese Änderung. Ein kleiner Trost waren anderweitige Verbesserungen im neuen Personalreglement (SGR 153.01). Beispielsweise fiel die tiefste Lohnklasse weg, Familienzulagen und Familienurlaube wurden angepasst. Diese Verbesserungen kosten jedoch etwas. Um die Mehrkosten abzufedern, wurde das Frauenrentenalter auf 65 Jahre erhöht. Für die GegnerInnen dieser Massnahme war die zu schluckende Kröte gross. Die UnterstützerInnen des höheren Rentenalters für Frauen rechneten mit der Annahme der AHV-Vorlage des Bundesrats. Die Erhöhung des Frauenrentenalters wurde jedoch in der Volksabstimmung abgelehnt. Das AHV-Rentenalter für Frauen liegt weiterhin bei 64 Jahren (AHV-Gesetz; SR 831.10). Dieser Volksentscheid hat eine eigenartige Situation zur Folge. Eine bei der Stadt Biel angestellte Frau muss bis 65 Jahre arbeiten, auf Bundesebene jedoch hat sie das Rentenalter mit 64 Jahren erreicht. Frauen, welche gerne mit 64 in Rente gehen würden, müssen in Biel ein weiteres Jahr auf ihre Rentenberechtigung warten. Der Unterschied zum Bundesrecht ist störend. Der Widerstand der Frauenbewegung für ein höheres Rentenalter auf Bundesebene ist ziemlich gross. Zuerst müssen Lösungen für gleich hohe Renten und Lohngleichheit umgesetzt werden, bevor das Rentenalter auf Bundesebene für Frau und Mann angeglichen werden kann. Die Fraktion Einfach libres! weist die Vorlage des Gemeinderats zurück und fordert, dass das Rentenalter für bei der Stadt Biel angestellte Frauen demjenigen des AHV-Gesetzes angeglichen werden muss. Wir fordern, dass zusätzlich zum vorliegenden Beschlussesentwurf bei der Stadt Biel angestellte Frauen, wie auf Bundesebene auch mit 64 Jahren ohne Einbusse der Pensionskasse in Rente gehen können.

1. Die Spezialfinanzierung ist aufzulösen und die vorhandenen Mittel sollen in eine neue Spezialfinanzierung überführt werden.
2. Die neue Spezialfinanzierung soll folgenden Zwecken dienen:
 - Frauen ermöglichen, dass sie ohne Einbusse in der Pensionskasse mit 64 Jahren in die Rente gehen können, solange auf Bundesebene das AHV-Rentenalter bei 64 Jahren liegt.
 - Die Rentenkürzungen für städtische Angestellte - insbesondere mit tiefen Löhnen - abfedern, die aufgrund der Senkung des technischen Zinssatzes und/oder des Umwandlungssatzes der Pensionskasse zu Einbussen führen.

Frank Lena, Fraktion Grüne: Grundsätzlich steht die Fraktion Grüne hinter dem Rückweisungsantrag der Fraktion Einfach libres! Allerdings ist das vorliegende Geschäft nicht der richtige Ort um die Rentenaltererhöhung rückgängig zu machen. Wenn die bei der Stadt angestellten Frauen ein Jahr früher aufhören zu arbeiten, muss dies irgendwie finanziert werden. Der Betrag von CHF 3 Mio. aus der Spezialfinanzierung würde dafür kaum ausreichen. Aus Sicht der Fraktion Grüne ist der Rückweisungsantrag zum vorliegenden Geschäft falsch. Die Fraktion Grüne findet die Einreichung eines entsprechenden Vorstosses den besseren Weg. Die vorliegende Teilrevision des Personalreglementes wurde mit Personalverbänden und Gewerkschaften ausgehandelt. Die Fraktion Grüne will vermeiden, dass die vorliegende Teilrevision durch den Rückweisungsantrag blockiert wird. Wir werden deshalb den Rückweisungsantrag ablehnen.

Bohnenblust Peter, Fraktion FDP: Die Idee des Rückweisungsantrag ist durchaus richtig. Ich pflege jedoch jeweils zu sagen, dass die Stadt Biel reich ist aber kein Geld hat. Den Betrag von CHF 3 Mio. aus der Spezialfinanzierung so einseitig zu verteilen wäre falsch. Einerseits wurde versprochen, den Koordinationsabzug in nächster Zeit anzuheben. Mit dem vorliegenden Entwurf würde dieses Versprechen jetzt eingehalten. Andererseits wurde die Revision des Personalreglements mit den Personalverbänden abgesprochen. Das hart erarbeitete Verhandlungsergebnis würde in Frage gestellt und die Personalverbände wären zu Recht erzürnt. Aus diesen Gründen bitte ich Sie, den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Scherrer Martin, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Auch die Fraktion SVP/Die Eidgenossen lehnt den Rückweisungsantrag ab. Die beabsichtigte Auszahlung ist cash-relevant. Die Aufwertungsreserve ist dies aber nicht. *(Zwischenruf)*

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Ich bitte Sie, Ihre Wortmeldungen auf den Rückweisungsantrag zum vorliegenden Geschäft zu beschränken.

Augsburger-Brom Dana, Fraktion Einfach libres!: Ich war seinerzeit in die Verhandlungen zum neuen Personalreglement eingebunden. Die GewerkschaftsvertreterInnen haben sich die Erhöhung des Frauenrentenalters ganz sicher nicht gewünscht. Die Gewerkschaften würden nie eine Forderung stellen, welche der Frauenbewegung entgegengesetzt ist. Im Stadtrat war es schlussendlich eine Mehrheitsentscheid, etliche Mitglieder waren dagegen. Ein neuer Vorstoss mit der Forderung, das Rentenalter für Frauen wieder auf 64 Jahre zu setzen, würde aufgrund der Kosten scheitern. Diese Forderung jetzt im Rahmen der Spezialfinanzierung zu stellen ist deshalb gerechtfertigt. Die Frauen haben zudem die Wahl, über das Rentenalter hinaus zu arbeiten. Der Widerstand gegen die Angleichung des Rentenalters für Frauen und Männer auf Bundesebene ist so gross, weil zuerst Missstände wie beispielsweise die Lohnungleichheit behoben werden müssen. Jetzt das Frauenrentenalter zu erhöhen hat nichts mit Gleichberechtigung zu tun, sondern dient der Sanierung der Pensionskasse allein bezahlt durch die Frauen. Die Spezialfinanzierung sollte deshalb auch zu Gunsten der Frauen sein.

Tanner Anna, Fraktion SP/JUSO: Auch die Fraktion SP/JUSO bringt dem Rückweisungsantrag viel Sympathie entgegen. Solange keine Lohngleichheit besteht, stehen wir auch auf Bundesebene für die Beibehaltung des Frauenrentenalters 64 ein. Beim vorliegenden Entwurf geht es vor allem darum, Teilzeitbeschäftigte besserzustellen. Das sind nach wie vor hauptsächlich Frauen. Ausserdem werden jüngere Mitarbeitende begünstigt. Für zusätzliche Leistungen reicht das Geld der Spezialfinanzierung nicht aus. Einen Vorstoss zur Angleichung des Frauenrentenalters würde die Fraktion SP/JUSO unterstützen.

Augsburger-Brom Dana, SP: Ich kann die Urheberinnen von Vorstössen zu Themen der Frauenbewegung nicht ganz ernst nehmen. Hier wäre die Gelegenheit, konkret etwas zu unternehmen! Wieso sollte der Betrag aus der Spezialfinanzierung von CH 3 Mio. nicht ausreichen? Vielleicht würden einige Frauen gerne länger arbeiten. Ich frage mich, für was die Vorstösse zu Frauenbewegungsthemen denn sind.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Der Antrag von Einfach libres! ist sicher gut gemeint und unterstützungswürdig. Die Möglichkeiten sind jedoch nicht unendlich. Der Gemeinderat

hat mit den Sozialpartnern verhandelt und einen Konsens gefunden. Ich rate davon Ihnen ab, den Konsens jetzt aufzukünden. Faktisch würden so jüngere Personen und Teilzeitbeschäftigte, wie Frau Tanner bereits gesagt hat, arbeiten vor allem Frauen teilzeitlich, gegen andere Frauen in Teilzeit- und Vollzeitpensen, welche kurz vor der Pensionierung stehen, ausgespielt. Für alles reicht das Geld der Spezialfinanzierung nicht, wie Frau Frank zu Recht bemerkt hat. Durch die Senkung des Koordinationsabzugs kommen die Mitarbeitenden eher in die BVG-Pflicht. Drei Jahre früher und ab einem tieferen Betrag, mit einem Beitrag von 60% durch die Stadt und 40% durch die Arbeitnehmenden beginnt das Sparen des Altersguthabens in der Pensionskasse. Dadurch wird ein höheres Altersguthaben angespart. Der Gemeinderat findet dies ein wichtiges Zeichen gegenüber den Angestellten mit tiefen Löhnen und in Teilzeit, vielfach also gegenüber den Frauen und vor allem gegenüber der jüngeren Generation. Ideen zur Finanzierung von Renten für Angestellte kurz vor der Pensionierung wurden diskutiert. Gemeinsam mit den Sozialpartnern war der Gemeinderat der Meinung, dass damit nur eine kleine Gruppe ohne Langzeitwirkung erfasst würde. Die Spezialfinanzierung ausschliesslich den beiden angeführten Zwecken zuzuführen, ist eine weitere Schwachstelle des Rückweisungsantrags. Art. 3 des Reglements der Spezialfinanzierung (Reglement Contrat social; SGR 153.50) sieht nämlich zusätzlich die Abfederung von personalpolitischen Massnahmen und Finanzierung für die Weiterbeschäftigung aufgrund unverschuldet vermindelter Leistungsfähigkeit vor. Ich verstehe nicht, wieso Sie diese beiden wichtigen Punkte ausschliessen wollen. Der Rückweisungsantrag verlangt die Senkung des Rentenalters. Mit der Bereitstellung der Spezialfinanzierung ist aber das Problem nicht gelöst. Dazu braucht es das Zusammenspiel mit der Pensionskasse.

Auch der Kanton Bern sieht für beide Geschlechter das Rentenalter 65 vor. Die Stadt Biel ist also kein Einzelfall. Der Gemeinderat stellt fest, dass immer mehr Anfragen für eine Weiterbeschäftigung nach 65 eintreffen. Nicht zuletzt hat dies mit der heutigen gesellschaftspolitischen Situation zu tun. Viele leben getrennt oder geschieden, haben BVG-Guthaben verloren oder haben aufgrund von Teilzeitbeschäftigung ein geringes Guthaben. Ich bezweifle, dass der Nutzen nach den Vorgaben des Rückweisungsantrags grösser wäre als das Vorhaben, die Eintrittsschwelle in die berufliche Vorsorge zu senken. Das frühere Ansparen des Altersguthabens für jüngere Mitarbeitende sichert zudem eine bessere Rente. Ich empfehle Ihnen, auf das vorliegende Geschäft einzutreten und den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Tennenbaum Ruth, Passerelle: Die Spezialfinanzierung hiess ursprünglich Spezialfinanzierung Nachhaltige Haushaltssanierung (NHS 2016+) Realisierungs-Umstrukturierungskosten Contrat social. Eigentlich geht es also um die NHS. Der Stadtpräsident sagt jetzt, dass mit dem Rückweisungsantrag zwei wichtige Zwecke verloren gehen würden. Ein Stück weit ist dies eine Lüge. Die Umsetzung des vorliegenden Beschlussesentwurfs würde die Ausschöpfung und Auflösung der Spezialfinanzierung bedeuten. Die beiden erwähnten Zwecke wären somit nicht mehr finanzierbar. Deshalb verlangt der Rückweisungsantrag die Auflösung der Spezialfinanzierung und Überführung in eine Neue mit dem entsprechenden Zweck. Es soll ja ein Contrat social sein und um ein soziales Anliegen geht es. Nicht jede Frau will mit 64 in Rente, aber die Möglichkeit für Frauen mit Betreuungspflichten sollte geschaffen werden. Dazu braucht es die Abfederung von einem Jahr in der

Pensionskasse. Wir verlangen die Prüfung und die Konsequenzen der beiden im Rückweisungsantrag erwähnten Zwecke. Ich danke Ihnen für die Unterstützung.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Ich wäre mit der Wortwahl manchmal vorsichtiger, Frau Tennenbaum.

1. habe ich Ihnen erklärt, was im Zweckartikel des Reglements steht.
2. wissen Sie bestens, dass die Spezialfinanzierung zwar im Moment auf die NHS lautet. Eigentlich ist sie aber viel älter. Die Zwecke wurden bereits früher angewendet.

Das Geld reicht möglicherweise länger als in der Vorlage vorgesehen weil der Koordinationsabzug alle zwei Jahre an die veränderten Grenzbeträge der AHV angepasst wird. In Ihrem Rückweisungsantrag steht nirgends, dass der Gemeinderat Ihr Anliegen prüfen soll. Dort steht lediglich, dass der Gemeinderat eine Spezialfinanzierung mit den beiden geforderten Zwecken vorlegen soll und nicht mehr. Soviel zum Thema Lüge.

Bohnenblust Peter, FDP: Das Thema Spezialfinanzierung ist endlos. Ich pflichte Ruth Tennenbaum bei, Art. 3 über den Zweck ist verwirrend. Ich wollte eigentlich den Antrag stellen, diesen Artikel zu streichen. Ein neues Reglement wäre klarer gewesen. Trotzdem ist der vorliegende Rückweisungsantrag nicht gerechtfertigt und muss abgelehnt werden.

Heiniger Peter, PdA: Wie wird das Jahr für die betroffenen Frauen bis zum städtischen Rentenalter 65 kompensiert? Vor diesem Hintergrund wurde der Rückweisungsantrag eingereicht. Ich bin zwar keine Frau, setze mich aber bedingungslos für Frauen ein, das können Sie mir glauben. Ich verlange eine Erklärung.

Abstimmung

- über den Rückweisungsantrag der Fraktion Einfach libres!

Der Antrag wird abgelehnt.

Frank Lena, GPK: Ich vertrete Sandra Gurtner-Oesch, welche das Geschäft für die GPK vorgeprüft hat und heute Abend entschuldigt ist. Dementsprechend verlese ich ihr Votum. Die höhere Lebenserwartung und die tiefen Zinsen machen den Pensionskassen zu schaffen, so auch der PKBiel. Eine Verbesserung der Situation ist nicht in Sicht. Mehrere Massnahmen wurden bereits umgesetzt. 2017 wurde das Rentenalter für Frauen erhöht. Die Beitragsdauer wurde um drei Jahre verlängert, so dass junge Mitarbeitende ab 22 in die Pensionskasse einzahlen. Der technische Zinssatz und der Umwandlungssatz wurden gesenkt, was zu weniger Leistungen für das Personal führt. Mit dem vorliegenden Entwurf sollen die Verluste wenigstens teilweise abgedeckt werden. Der Stadtrat soll heute der Revision der Zweckbestimmung der Spezialfinanzierung NHS Realisierungs- und Umstrukturierungskosten Contrat social zustimmen. Damit würde die Verwendung der Gelder aus der Spezialfinanzierung ermöglicht. Die GPK stimmt dieser Transaktion zu. Die Zweckbestimmung bleibt sehr ähnlich. Zu einem späteren Zeitpunkt soll die Spezialfinanzierung ausser Kraft gesetzt werden. Auch über diesen Punkt hat der

Stadtrat heute Abend zu befinden. Aus Sicht der GPK ist auch gegen diesen Punkt nichts einzuwenden. Mit den Sozialpartnern wurden verschiedene Varianten besprochen. Der Gemeinderat führt aus, dass er sich eingehend mit der Thematik der beruflichen Vorsorge auseinandergesetzt hat. Vergleiche mit anderen Verwaltungen wurden durchgeführt. Leider wurde weder im Bericht des Gemeinderats noch in der Unterlagen, welche der GPK vorlagen diese Gegenüberstellung dargestellt. In einem ansonsten stimmigen Bericht bleibt dieser kleine Wermutstropfen. Die GPK findet, der vorliegende Beschlussesentwurf ist eine sinnvolle Variante und dankt dem Gemeinderat und den Sozialpartnern für das Verhandlungsergebnis. Die vorliegende Variante stärkt nicht nur die Renten der heute bei der Stadt angestellten Mitarbeitenden, profitieren werden ebenfalls neu eingestellte Leute. Die klare Priorisierung der jüngeren Generation aber auch der Angestellten mit tiefem Einkommen gefällt der GPK. Der Stadtrat hat auch die Anschlussvereinbarung gutzuheissen. Die GPK stimmt dieser zu. Unschön ist die Rückwirkung der Vereinbarung auf den 1. Januar 2020. Die Rückwirkung begründet sich darin, dass die Vereinbarung zeitgleich mit der Anpassung der Statuten der PKBiel in Kraft treten soll, was nachvollziehbar ist. Die Prämien der Angestellten werden nicht rückwirkend angepasst. Alles in allem findet die GPK den vorliegenden Entwurf stimmig und empfiehlt die Zustimmung.

Briechle Dennis, Fraktion GLP+: Die Fraktion GLP+ hat das vorliegende Geschäft sehr gut aufgenommen und wird dem Entwurf zustimmen. Verwundert waren wir über den Auslöser der Vorlage. Die Spezialfinanzierung Contrat social wurde nicht verwendet. Das Guthaben ist immer noch vorhanden. Aus sozialer Sicht ist dies äusserst erfreulich. Es zeigt aber auch, dass gewisse "Horrorszenarien", die während der NHS-Debatte an die Wand gemalt wurden, haushoch übertrieben waren. Nicht jedes Schauernmärchen muss also geglaubt werden. Die nun vorgeschlagene Verwendung der Spezialfinanzierung begrüsst die Fraktion GLP+. Wir stehen voll und ganz hinter dem vom Gemeinderat vorgeschlagenen Zweck, die Mittel für Kompensationsmassnahmen im Zusammenhang mit der Senkung des Koordinationsabzugs einzusetzen. Die Senkung des Koordinationsabzugs ist die sozialpolitisch richtige Massnahme. Sie sorgt dafür, dass ein grösserer Teil des Einkommens in der Pensionskasse versichert ist und somit für eine bessere finanzielle Vorsorge im Alter. Eine tiefere Eintrittsschwelle in die Pensionskasse ist vor allem für Teilzeitarbeitende oder Personen mit tiefem Einkommen ausgesprochen wichtig. Damit können auch sie eine angemessene Vorsorge für das Alter aufbauen. Es ist auch eine Gleichstellungsfrage. Teilzeitpensen und Tätigkeiten im Tieflohnbereich werden überdurchschnittlich oft von Frauen ausgeübt. Mit dem tieferen Koordinationsabzug wird erreicht, dass sie im Alter finanziell unabhängiger und selbstbestimmter leben können. Die Absicht des Gemeinderats, das Guthaben der Spezialfinanzierung für die Abfederung des Übergangs zu einem tieferen Koordinationsabzug zu verwenden, ist richtig. Die Fraktion GLP+ und unterstützt das vorliegende Geschäft.

Zumstein Joël, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Die Probleme der Pensionskassen und somit auch der PKBiel sind mittlerweile wahrscheinlich allen bekannt. Das vorliegende Geschäft fasst die Fraktion SVP/Die Eidgenossen positiv auf. Mit dem vorliegenden Entwurf wird versucht, die Probleme der beruflichen Vorsorge zu lösen. Aus Sicht der Fraktion SVP/Die Eidgenossen bleibt der Vorschlag aber ein Tropfen auf

den heißen Stein. Der Entwurf bietet lediglich eine Übergangslösung. Das Geschäft verschafft aber Zeit, um langfristige und nachhaltige Lösungen zu suchen.

Bohnenblust Peter, Fraktion FDP: Die Fraktion FDP stimmt dem Beschlussesentwurf zu. Der Anschlussvereinbarung mit Rückwirkung zuzustimmen ist unschön, wie die GPK-Sprecherin bemerkt hat. Der Stadtrat steht damit unter Druck. Das Personal wäre nicht zufrieden mit einer Ablehnung. Ist die Anpassung des Koordinationsabzugs die richtige Lösung? Die Personalverbände und der Gemeinderat haben sich auf diese Lösung geeinigt. Ich finde diese Wahl richtig. Alle Versicherten aber vor allem die Jüngeren profitieren davon. Die Bestimmungen wurden seinerzeit nicht in das revidierte Personalreglement aufgenommen, weil dieses kostenneutral auszugestalten war. Biel war eine der wenigen Städte, welche den Primatwechsel ohne Zuschüsse des Gemeinwesens in die Pensionskasse vollzogen hat. Dies war aufgrund einer Reduzierung der Leistungen möglich. Heute sind die Leistungen für das Personal immer noch gut. Die Fraktion FDP ist bekanntlich kein Fan von Spezialfinanzierungen. Hier werden jedoch die Gelder gerechtfertigt eingesetzt. Ausserdem wird die Spezialfinanzierung 2029 ausser Kraft gesetzt. Die Spezialfinanzierung aufzulösen und in eine neue zu überführen, wäre rechtlich gesehen die bessere Lösung gewesen. Die Rückwirkung gründet auch darauf, dass bereits in diesem Jahr Gelder für die Umsetzung der Massnahmen entnommen werden sollen. Die Fraktion FDP wird der Vorlage zustimmen und dankt dem Gemeinderat und den Personalverbänden für das Verhandlungsergebnis.

Tanner Anna, Fraktion SP/JUSO: Für die Fraktion SP/JUSO ist das vorliegende Geschäft sehr wichtig. Die Altersvorsorge ist ein Kernelement der sozialen Sicherheit. Wie Herrn Zumstein bereits bemerkt hat, gilt es vorausschauend zu handeln denn die Probleme welche auf die Altersvorsorge zukommen sind zahlreich. Die Fraktion SP/JUSO ist der Meinung, dass die 1. und 2. Säule miteinander verbunden werden müssen. Zukünftige Lösungen müssen grundlegend angegangen werden. Die jetzt vorgeschlagenen Massnahmen sind ein erster Schritt in die richtige Richtung. Den Fokus auf die Teilzeitarbeitenden, hier sind vor allem Frauen betroffen, und jüngeren Mitarbeitenden zu legen, ist wichtig. Eine frühzeitige Vorsorge beugt dem weitverbreiteten Problem der Altersarmut vor. Die Einbindung der Sozialpartner ist ein weiterer positiver Aspekt der Vorlage. Dieser Weg ist auch bei zukünftigen derartigen Geschäften einzuschlagen. Die Fraktion SP/JUSO wird dem vorliegenden Geschäft zustimmen.

Tennenbaum Ruth, Fraktion Einfach libres!: Die Fraktion Einfach libres! ist auch für eine gute Altersvorsorge und ausreichende Rente. Was stört, ist der irreführende Titel des vorliegenden Geschäfts. Peter Bohnenblust hat bereits angemerkt, dass der Zweck in Art. 3a des Reglements nicht mehr stimmt. Von den CHF 3 Mio. der Spezialfinanzierung wurden CHF 75'000 entnommen. Die NHS-Massnahmen sind abgeschlossen und damit ist der Zweckartikel zu streichen. **Ich stelle den Antrag, Art. 3 Bst. a des Reglements über die Spezialfinanzierung Nachhaltige Haushaltsanierung (NHS 2016+) Realisierungs- und Umstrukturierungskosten Contrat social (Reglement Contrat social; RCS) (SR 153.50) zu streichen.** Wie sollen die Begehrlichkeiten in Art. 3 Bst. b bezahlt werden? Wenn die Gelder der Spezialfinanzierung zu den Abfederungsmassnahmen in der Pensionskasse eingesetzt werden, sind dafür ja keine Mittel mehr übrig.

Suter Daniel, au nom du Groupe PRR: Le Groupe PRR est d'accord avec le principe de baisser le montant de coordination. Comme l'a cité Monsieur Bohnenblust, cette mesure a été prévue et discutée de longue date avec les partenaires sociaux. Par contre, on voit une forme de créativité développée par le Conseil municipal dans la manière d'arriver à cela. En effet, on opère une déviation de fonds. Je m'explique, à l'époque, malgré une réticence des partis de droite, un fonds de 3 millions de fr. avait été prévu pour les conséquences pour le personnel suite aux mesures NHS. Aujourd'hui, on se rend compte que les partis de droite avaient raison car ce fonds n'était pas nécessaire pour cette mesure-là. On trouve donc une nouvelle justification afin d'utiliser ces 3 millions de fr. en ajoutant ce nouvel alinéa et le fonds disparaît sans aucune nécessité d'autres modifications. Je retiens la notion de «détournement de fonds» et de l'inutilité des mesures NHS qui avaient été prévues pour ce point-là.

Gugger Reto, BDP: Was mich am vorliegenden Geschäft stört ist die rückwirkende Inkraftsetzung. Stellen Sie sich folgende Situation vor: Frau Meier arbeitet seit vielen Jahren bei der Stadt Biel. Nach ihrer Scheidung war sie froh, wieder eine Teilzeitstelle gefunden zu haben. Sie hat knapp CHF 28'000 Jahreslohn, pro Monat CHF 2'150. Bei einem Ja heute Abend im Stadtrat werden ihr mit dem Julilohn Pensionskassenbeiträge abgezogen. Die Abzüge werden rückwirkend auf den 1. Januar 2020 berechnet. Damit erhält sie netto CHF 275 bis CHF 300 weniger ausbezahlt. Nach meiner Berechnung gemäss den Angaben im Bericht des Gemeinderats würde dies ungefähr 80 bis 100 Mitarbeitende der Stadt Biel betreffen, welche jetzt plötzlich BVG-Beiträge bezahlen müssten. Langfristig mag dies sinnvoll sein, kurzfristig stellt es jedoch ein grosses Ärgernis für die Betroffenen mit tiefem Einkommen dar. Mich würde interessieren, ob der Gemeinderat vorsieht, Härtefälle abzufedern.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Nachdem bereits im Zusammenhang mit dem Rückweisungsantrag, für dessen Ablehnung ich Ihnen danke, verschiedene Grundsatzfragen diskutiert wurden, beantworte ich jetzt Ihre Fragen.

Frau Frank, ich wusste nicht, dass eine Vergleichstabelle gewünscht ist. Ich kann Ihnen diese jederzeit zukommen lassen. Ich gebe zu, dass Rückwirkung unschön ist. Sie hat in der Tat primär mit der Vakanz auf der Geschäftsstelle der Pensionskasse zu tun.

Herr Gugger Ihr Problem existiert gar nicht. Anhang 3 der Anschlussvereinbarung legt fest, dass die Senkung des Koordinationsabzugs und damit die Erhöhung des Beitrags erst auf 1. Januar 2021 wirksam wird. Es muss niemand mit dem Julilohn höhere Beiträge bezahlen. Alle können getrost in die Ferien! Wenn Sie sich dem Finanzminister anschliessen wollen, verbringen Sie diese in der Schweiz.

Verschiedentlich wurde erwähnt, dass die Spezialfinanzierung Contrat social gar nicht gebraucht wurde. Ich halte fest, dass in Einzelfällen etwas unternommen werden musste. Dies ist auch mit ein Grund warum Bst. a in Art. 3 noch nicht gestrichen werden kann. Es laufen noch einzelne Massnahmen. Wenn Sie ein Sparpaket schnüren, wie damals 2014/15 müssen Sie den Sozialpartnern die Hand reichen und Abfederungsmassnahmen zusichern.

Herr Zumstein, Sie sprachen von den Problemen der Pensionskasse der Stadt Biel. Ich würde diese eher als Herausforderungen der 2. Säule allgemein bezeichnen. Die

steigende Lebenserwartung und das tiefe Zinsumfeld bringen die Pensionskassen in eine schwierige Lage. Frau Tanner liegt mit ihrem Hinweis, 1. und 2. Säule ganzheitlich zu analysieren richtig. Die Entscheide dazu fallen aber 35 km Luftlinie von der Stadt Biel entfernt im historischen Parlamentsgebäude. In der Stadt Biel können wir aber sagen, dass die Pensionskasse relativ gut dasteht. Im Moment liegt der Deckungsgrad bei etwas über 100 %. Gut sind auch die Leistungen insgesamt. Herr Suter, Ihre Bemerkung über die Kreativität des Gemeinderats fasse ich als Lob auf. Schliesslich wird dies von ihm immer wieder erwartet. Ich danke Ihnen für die Zustimmung.

Abstimmung

- über den Antrag der Fraktion Einfach libres!, Art. 3 Bst. a des Reglements über die Spezialfinanzierung Nachhaltige Haushaltssanierung (NHS 2016+) Realisierungs- und Umstrukturierungskosten Contrat social (Reglement Contrat social; RCS) zu streichen

Der Antrag wird abgelehnt.

Schlussabstimmung

Der Stadtrat von Biel, nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 26.02.2020, **beschliesst**:

1. Das Reglement vom 14. Oktober 2015 über die Spezialfinanzierung Nachhaltige Haushaltssanierung (NHS 2016+) Realisierungs- und Umstrukturierungskosten Contrat social (Reglement Contrat social; RCS; SGR 153.50) wird wie folgt geändert:
*Art. 3 - Zweck bst. c (neu):
dem vollständigen oder teilweisen Ausgleich von Rentenkürzungen für Angestellte aufgrund der Senkung des technischen Zinssatzes und des Umwandlungssatzes durch die Pensionskasse der Stadt Biel.*
2. Die Änderung tritt rückwirkend auf den 1. Januar 2020 in Kraft.
3. Das Reglement über die Spezialfinanzierung Nachhaltige Haushaltssanierung vom 14. Oktober 2015 (SGR 153.50) wird nach deren vollständiger Ausschöpfung aufgehoben.
4. Der Stadtrat genehmigt für die Ausfinanzierung der Mehrkosten infolge Senkung des Koordinationsabzuges auf das gesetzlich vorgeschriebene Niveau (BVG) den Verpflichtungskredit Nr. 3052.00100.16000 in der Höhe von CHF 2'925'753.10 zu Lasten der SF Nachhaltige Haushaltssanierung (Nr. 29300.1200) für die Jahre 2021-29 und gibt diesen sofort frei.
5. Er genehmigt die Anschlussvereinbarung mit der Pensionskasse Biel rückwirkend per 1. Januar 2020.
6. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug dieser Beschlüsse beauftragt.

104. 20190395 Bewilligung von Nachkrediten zulasten der Jahresrechnung 2019

Frank Lena, GPK: In Anbetracht der umfangreichen Traktandenliste halte ich meine Wortmeldung zum vorliegenden Geschäft kurz. Aus Sicht der GPK sind die beantragten Nachkredite nachvollziehbar. Bis auf drei werden alle in den betroffenen Direktionen kompensiert. Einzig zu Punkt 1.3 Informatik und Logistik, Konto-Nr. 315, Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen stellte sich die Frage, was genau der Nachkredit beinhaltet. Auf Nachfrage erklärte die Finanzdirektorin, dass es sich dabei um Microsoftlizenzen handelt. Eine Überprüfung hat ergeben, dass die Stadt Biel nicht über ausreichend Lizenzen verfügt. Dies führte zu einer Nachlizenzierung und Mehrkosten, welche in Punkt 1.3 aufgeführt sind. Die Abweichung wird vollumfänglich über diverse andere Konten kompensiert. Die GPK hat nichts zu beanstanden und empfiehlt die Nachkredite zur Annahme.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel beschliesst nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 18. März 2020 betreffend Bewilligung von Nachkrediten zu Lasten der Jahresrechnung 2019, gestützt auf Art. 39, Abs. 2 Bst. b der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

Die Nachkredite von insgesamt **CHF 2'584'020.00** werden bewilligt.

105. 20190395 Jahresrechnung 2019**Allgemeine Diskussion**

Frank Lena, GPK: Die Jahresrechnung 2019 verzeichnet einen leichten Überschuss von CHF 0,71 Mio. und schliesst besser ab als budgetiert. Dies ist grundsätzlich erfreulich. Zudem konnte auf die Entnahme von Geldern aus der Spezialfinanzierung «Buchgewinne aus Liegenschaften des Finanzvermögens» verzichtet werden. Allerdings ist der Umfang der Steuererträge nach wie vor besorgniserregend. Diese sind tiefer ausgefallen als budgetiert. Das Einnahmenproblem der Stadt Biel besteht weiterhin. Im Hinblick auf die wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise dürfte sich das Problem weiter verschärfen. Bereits jetzt sind die Steuererträge der juristischen Personen um rund 8% gesunken. Der leicht positive Wert bei den natürlichen Personen kann diese Tendenz nicht auffangen. Die Ampeln ab Seite 79 im Bericht zeigen die Bewertungen der Finanzkennzahlen auf. Daraus ist zu entnehmen, dass die Stadt bezüglich Bruttoverschuldung und Selbstfinanzierungsanteil nicht gut dasteht. Allerdings ist festzuhalten, dass sich die Situation in Bezug auf die letzten Jahre stabilisiert hat. Die GPK hält fest, dass Massnahmen zur Erhöhung der Einnahmen notwendig sind. Einen erfreulichen Punkt der Jahresrechnung bilden die Investitionen. Zwar konnten diese aufgrund von Einsparungen und fehlender personeller Ressourcen nicht so umgesetzt werden wie geplant. Im Gegensatz zum Vorjahr wurden sie aber vollumfänglich durch die Stadt selber finanziert. Trotzdem steht auch hier die Ampel auf rot. Gerade in den kommenden Jahren ist es umso wichtiger, Investitionen zu tätigen und nicht nachzulassen. Erfreulich ist ebenfalls, dass endlich eine

systematische Zeiterfassung eingeführt wurde, welche auch aufzeigt, was das Personal für die Stadt Biel leistet. Für den Abbau der angehäuften Überstunden und Ferien mussten hohe Rückstellungen getätigt werden. Zu hoffen bleibt, dass sich die Situation in den nächsten Jahren normalisiert.

Die Neuerungen im Aufbau des Berichts und die Darstellung empfindet die GPK als Verbesserung. Insgesamt beurteilt die GPK die Jahresrechnung im Vergleich mit denjenigen den letzten Jahren als in Ordnung auch wenn wir noch nicht dort sind wo wir gerne wären. Die GPK empfiehlt, die Jahresrechnung 2019 zu genehmigen.

Bord Pascal, au nom du Groupe PRR: Le Groupe PRR remercie la Direction des finances pour la qualité du rapport et la transparence apportée grâce aux commentaires. Encore une fois, c'est un document de référence. La page 16 du rapport met clairement les résultats clés en lumière. Il ne faut pas se cacher que le résultat de l'activité d'exploitation montre une perte. Le Département social est le plus grand consommateur de ressources avec 43% de charges, toujours en augmentations ce qui reste problématique. La compensation des charges en augmentation montre bien la péjoration de la situation malgré les grandes promesses électorales. L'augmentation des revenus fiscaux des personnes physiques est réjouissante, mais il ne doit pas faire oublier la baisse de celui des personnes morales, à notre avis, surestimée lors du budget. La gestion active des capitaux-tiers avec des intérêts négatifs à court terme mais aussi à long terme à des taux intérêts bas a permis et va permettre des charges basses, ce qui est salutaire. En ajoutant des revenus financiers intéressants en 2019, même s'ils ne sont pas garantis pour les années suivantes, permet d'avoir un résultat opérationnel positif.

Les comptes 38 et 48 dits extraordinaires ou plus couramment «cosmétique comptable», amènent un résultat équilibré. D'une part, sur les 35 millions de fr. investis, nous avons pu bénéficier de 10 millions de fr. externes, qui nous ont permis de ne pas devoir utiliser les financements spéciaux. D'autre part, avec seulement 35% de réalisation des investissements sur ce qui était budgété, il serait urgent d'avoir une planification enfin réaliste. Il y a toujours des variations mais à ce point-là, ce n'est pas sérieux. Les directions doivent s'améliorer.

En résumé, malgré la bonne conjoncture en 2019, période durant laquelle il aurait fallu faire des provisions, la Ville a une perte d'exploitation dues à des charges excessives, spécialement dans les plus gros départements que sont le social, l'école et la culture. La bonne gestion financière a conduit à un résultat global équilibré avec une stabilisation de la dette. Par beau temps, la Ville surnage en devant emprunter pour les nouveaux investissements futurs et cela sera vraiment nécessaire. La grande crise financière, qui s'annonce avec des baisses très importantes des entrées fiscales, nous inquiète mais ceci est une autre discussion. Le Groupe PRR recommande l'acceptation des comptes.

Zumstein Joël, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Mit grosser Hoffnung hat die Fraktion SVP/Die Eidgenossen die Jahresrechnung 2019 erwartet. Leider mussten wir aber feststellen, dass auch im letzten Jahr das Fremdkapital zugenommen hat. In diesem Zusammenhang weist die Rechnung 2019 kein positives Ergebnis auf. Es werden immer mehr Kredite und Darlehen aufgenommen. Vor dem Hintergrund der

aktuellen Konjunkturaussichten ist eine Besserung diesbezüglich nicht zu erwarten. Wir gehen davon aus, dass sich die Situation weiter verschärfen wird und beobachten diese Entwicklung mit grosser Sorge. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen fragt sich, wann eine wirksame langfristige Finanzstrategie vorliegen wird. Aufgefallen sind Verluste auf betrieblicher Stufe, welche auf untergeordneten Konten ausgeglichen werden. Somit wird ein scheinbar ausgeglichenes Ergebnis präsentiert. Technisch ist die vorliegende Jahresrechnung aus Sicht der Fraktion SVP/Die Eidgenossen in Ordnung, weil sie grundsätzlich dem Budget entspricht. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen stand aber bereits dem Budget kritisch gegenüber. Im Grossen und Ganzen sind wir nicht einverstanden und bleiben skeptisch. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen wird sich der Stimme enthalten.

Strobel Salome, Fraktion SP/JUSO: Ausgegeben ist ausgegeben, was will man dazu sagen. So kann die Jahresrechnung auch kommentiert werden. Das wird aber den Unterlagen nicht gerecht. Selbst Leute wie ich, die nicht so versiert mit Zahlen sind, können aus der Rechnung mehr entnehmen. Eigentlich ist die Jahresrechnung das Abbild des Jahresberichts.

Zuerst lese ich daraus, dass enorm viel geleistet wird für die Stadt. Hinter den Zahlen stehen die städtischen Mitarbeitenden. An erster Stelle aufgeführt werden diese aber als Grund für eine Abweichung. Weil die Stadtverwaltung bis 2019 keine systematische Zeiterfassung gekannt hat, waren auch die angehäuften Überstunden und Ferienguthaben nicht bekannt. Die Fraktion SP/JUSO erstaunt nicht, dass die in Wahrheit geleisteten Überstunden nicht den Rückstellungen entsprechen. Die Bevölkerung wächst und die Ansprüche an eine schnelle und bürgerfreundliche Verwaltung nehmen bei gleichbleibendem Personalbestand zu. Rückstellungen alleine genügen nicht mehr, es müssen auch Überstunden und Ferienguthaben abgebaut werden. Ansonsten werden wohl bald Rückstellungen für Krankheitsfälle notwendig. Die Mitarbeitenden tragen dank Kostenbewusstsein und gutem Management dazu bei, dass die Budgetvorgaben eingehalten werden. Das Rechnungsergebnis 2019 ist nahe beim Budget. Dafür gebührt allen städtischen Mitarbeitenden ein grosses Dankeschön. Im Alltag ist es nicht immer einfach, das grosse Ganze nicht aus den Augen zu verlieren.

Aus der Rechnung geht hervor, dass Biel offenbar auch für Menschen mit einem höheren steuerbaren Einkommen lebenswert ist. Wie schon im Vorjahr liegt der Ertrag bei den natürlichen Personen über Budget. Die positive Entwicklung ist jedoch nicht einfach ein Geschenk sondern dahinter steckt viel Arbeit. Wer sich in Biel niederlässt, erwartet Leistungen wie gute Bildungsmöglichkeiten, ein reiches Kulturangebot oder eine attraktive Innenstadt. Dies ist jedoch alles nicht gratis zu haben. Es gilt die Balance zu finden zwischen machbarem und wünschenswertem. Die dunklen Wolken der Neu- respektive zusätzlichen Verschuldung bleiben. Dieses Jahr ist es gelungen, die Neuverschuldung klein zu halten. Dies verdient durchaus Anerkennung auch wenn die Rahmenbedingungen, wie beispielsweise das tiefe Zinsniveau mitgeholfen haben. Offensichtlich wird aber auch nach der Budgetierung nach Sparmöglichkeiten gesucht. So wurden beispielsweise nicht alle Mittel für die Investitionen ausgeschöpft. Zwar werden andere Verhinderungsgründe angegeben, diese sind aber nicht neu und kalkulierbar. Nicht getätigte Investitionen werden uns einmal um die Ohren fliegen. Da

wurde am falschen Ort gespart. Es braucht die richtigen Ausgaben mit Weitsicht. Die Fraktion SP/JUSO dankt allen Beteiligten.

Leuenberger Bernhard, Fraktion FDP: Die Jahresrechnung ist auch ein Rückblick auf das vergangene Jahr. An erster Stelle danke ich allen Mitarbeitenden der städtischen Verwaltung. Wir leben in einer gut funktionierenden Gemeinde. Dies ist keine Selbstverständlichkeit. Der Gemeinderat schreibt in seinem umfangreichen Bericht: *«Im Rechnungsjahr 2019 schliesst der Gesamthaushalt der Stadt Biel mit einem Überschuss von CHF 0.71 Mio. gegenüber einem budgetierten Überschuss von CHF 0.31 Mio. ab. Der Allgemeine Haushalt, der ausgeglichen budgetiert worden war, schliesst ohne Beanspruchung der geplanten Entnahme von CHF 2.94 Mio. aus der Spezialfinanzierung «Buchgewinne aus Liegenschaften des Finanzvermögens», ausgeglichen ab.»* Positiv also, bravo! Die Fraktion FDP hat sich eingehend mit der Jahresrechnung befasst. Sie wird diese ohne grosse Begeisterung genehmigen. Warum? Der Überschuss sticht doch ins Auge! Ausserdem wird auf die Entnahme aus der Spezialfinanzierung verzichtet.

Der Gesamthaushalt ist der allgemeine steuerfinanzierte Haushalt inklusive die Spezialfinanzierungen ohne Gemeindeunternehmen. In diesem Gesamthaushalt hat die Stadt Biel einen etwas höheren Überschuss erzielt als erwartet. Allen ist klar, dass viele Ausgaben durch übergeordnetes Recht und Zuweisungen von Bund und Kanton getätigt werden müssen. Kaum jemand hier im Stadtrat würde bestreiten, dass die getätigten Investitionen nicht notwendig waren. Auch heute hat der Stadtrat notwendigen Krediten zugestimmt. Der Spielraum einer Stadt wie Biel ist beschränkt. Ich komme trotzdem nicht umhin, einige kritische Bemerkungen anzubringen. Das ausgeglichene Ergebnis kam unter anderem durch die Buchgewinne der gesetzlich vorgeschriebenen Auflösung der Spezialfinanzierung Neubewertung ESB zustande. Auf den Seiten 16 und 40 des Berichts ergibt die betriebliche Tätigkeit in der Rubrik allgemeiner Haushalt einen Aufwandüberschuss von immerhin CHF 11.21 Mio. Dieser Verlust ist nach wie vor beeindruckend und relativiert die Schönfärberei des Gemeinderats. Der Geldfluss ist nicht vollumfänglich nachvollziehbar. Hingegen sind interessante Ergebnisse feststellbar. Die Steuererträge sind unter den Erwartungen. Vor allem die exportorientierten Bieler Unternehmen haben aufgrund der Verschlechterung des weltweiten Umfelds unter den Prognosen abgeschlossen. Bemerkenswerterweise sind die Steuereinnahmen der natürlichen Personen und diverser anderer Steuererträge wie Erbschaftssteuer höher ausgefallen. Dies ist ein ermutigender Ansatz. Gutverdienende Leute müssen angezogen werden. Die Stadt Biel muss durch Investitionstätigkeit ein attraktiver Standort bleiben. Dies gilt auch für die umliegenden Gemeinden. Leute, welche im Grossraum von Biel leben, geben ihr Geld vor allem in der Stadt aus. Schlussendlich gibt die Stadt jedoch immer noch mehr Geld aus als dass sie einnimmt.

Eine Stadt ist kein privater Haushalt und muss vielfältige Aufgaben erfüllen. Bei jeder Ausgabe muss überlegt werden, ob diese wirklich notwendig ist. Bei der gesetzgeberischen Tätigkeit müssen jeweils die finanziellen Folgen im Auge behalten werden. Die Sündenfälle sind zahlreich und wurden von diesem Parlament begangen. Da sind wir im Stadtrat selber schuld und der Gemeinderat wird ein wenig aus dem Schilf genommen. Die Finanzkennzahlen bleiben weiterhin unbefriedigend. Die Verschuldung nimmt weiter zu. Die Stadt Bern muss ab 2022 jährlich um CHF 35 Mio.

sparen. Die Berner Stadtregierung will auch vor dem Personal nicht Halt machen. Ich fürchte dieses Szenario trifft bald auch auf die Stadt Biel zu.

Augsburger-Brom Dana, Fraktion Einfach libres!: die Fraktion Einfach libres! hat sich überlegt, gar nicht auf den Bericht des Gemeinderats einzutreten. Heute wird jedoch nicht über das Budget diskutiert. Die Erkenntnisse aus den Fraktionssitzungen sind trotzdem wichtig. Die wichtigsten Punkte im Jahresbericht betreffen die Investitionen, Unterhalt, Steuereinnahmen und das Personal.

Seit mehreren Jahren herrscht ein Investitionsstau. Im Budget vom letzten Jahr wurden eigentlich genug Mittel vorgesehen, um diesen Stau abzubauen. Nun stellt sich heraus, dass nur rund die Hälfte der Investitionen getätigt wurde.

Die Steuereinnahmen der natürlichen Personen fielen zwar höher aus aber bei den juristischen Personen geht der Trend abwärts. Was passiert, wenn die Steuereinnahmen bei den natürlichen Personen aufgrund von Rezession und Stellenabbau sinken? Soweit die Überlegungen der Fraktion Einfach libres! zur Jahresrechnung 2019, ablehnen werden wir diese nicht.

Grupp Christoph, Fraktion Grüne: Aus grüner Sicht werfe ich ein paar Schlaglichter auf die Jahresrechnung 2019. Wie bereits erwähnt, ist das Ergebnis des Gesamthaushalts bei einem ausgeglichenen allgemeinen Haushalt besser ausgefallen als budgetiert. Die Bilanz beträgt ungefähr CHF 1,2 Mia. Erwähnenswert ist der Anteil an Eigenkapital von immerhin 36%. In der Privatwirtschaft und den Privathaushalten liegt die Eigenkapitalquote deutlich tiefer. Bei den Banken beispielsweise liegt der Anteil standardmässig bei 3 bis 5%.

Zugegeben, die Verschuldung der Stadt Biel bleibt hoch aber dennoch stabil. Bemerkenswert tief ist die Belastung für die Verzinsung. Die Kurve in der Tabelle zur Zinslast zeigt seit 2014 nach unten und ist 2019 auf einem Tiefstand.

Die Investitionen schlagen mit CHF 35 Mio. statt der geplanten CHF 60 Mio. zu Buche. Netto wurden nur 42 % der geplanten Ausgaben getätigt. Die Fraktion Grüne findet dies klar zu tief. Schlichtweg ist jedoch das Personal gar nicht vorhanden, um alle Bauvorhaben umzusetzen.

In einem eigentlich relativ guten Jahr schafft es die Stadt Biel gerade so über die Runden zu kommen. Perspektiven ändern sich jedoch. Bei den Transferleistungen hat die Stadt einfach Glück gehabt. In 2019 resultierten höhere Erträge und geringere Ausgaben aus Transferleistungen. Dies sind jedoch externe Faktoren. In einem einzelnen Jahr kann dazu selber nicht viel beigetragen werden.

Der Steuerertrag der juristischen Personen liegt bei CHF 2 Mio. unter Budget. Immerhin sind dies erhebliche 8% weniger als budgetiert. Bei den natürlichen Personen stieg der Steuerertrag um 1%. Dadurch liegt der Anteil der juristischen Personen am gesamten Steuerertrag bei 21%. Für die Stadt Biel ist dieser Anteil sehr tief. Er ist das Ergebnis eines für die Exportindustrie schwierigen Jahres und bereitet der Fraktion Grüne grosse Sorge.

Ich schliesse mich den Äusserungen meiner Vorrednerin, Salome Strobel an. Die Jahresrechnung ist nicht nur eine Aufstellung von Zahlenkolonnen sondern Ausdruck des Service public mit erbrachten Leistungen für die Allgemeinheit im Umfang von CHF 380 Mio. Viele Tätigkeiten, Aktivitäten und Angebote werden damit geleistet und ermöglicht. Die Fraktion Grüne dankt dem Gemeinderat und der städtischen Verwaltung und empfiehlt die Genehmigung der vorliegenden Jahresrechnung.

Briechle Dennis, Fraktion GLP+: Vieles, was die Fraktion GLP+ besprochen hat, wurde bereits erwähnt. Ich fasse mich deshalb kurz. Die Jahresrechnung schliesst, ähnlich wie in den Vorjahren, mit einer schwarzen Null ab. Dies ohne die budgetierte Entnahme der Spezialfinanzierung «Buchgewinne aus Liegenschaften des Finanzvermögens». Das ist soweit erfreulich, im Grossen und Ganzen bewegt sich die Jahresrechnung im Rahmen des Budgets. Eines Budgets allerdings, dass die Fraktion GLP+, wie jene in den vergangenen Jahren, mit grosses Skepsis betrachtet hat. In den vergangenen guten Jahren hätte es möglich sein sollen, positive Ergebnisse zu erzielen. Im Rahmen des genehmigten Budgets allerdings, ist das Ergebnis der Jahresrechnung zufriedenstellend.

2019 hat die Stadt Biel zum ersten Mal die Marke von CHF 100 Mio. bei den Steuereinnahmen der natürlichen Personen überschritten. Wie bereits erwähnt, liegen jedoch die Steuereinnahmen der juristischen Personen unter dem budgetierten Wert. Umso erfreulicher ist deshalb das Ergebnis bei den natürlichen Personen.

Ein Wort zum Fremdkapital: Dank der guten Zinslage ist es gelungen, die Zinsaufwendungen von 2015 bis 2019 für Fremdkapital von CHF 16 Mio. auf CHF 11 Mio. zu reduzieren. Aktuell ist diese Entwicklung erfreulich, zeigt aber auch auf, welche Risiken mitgetragen werden.

Die Investitionen wurden bereits von allen Fraktionen angesprochen. Auch die Fraktion GLP+ hat sich selbstverständlich darüber unterhalten. Auffällig ist, dass 2019 von den ursprünglich geplanten CHF 60 Mio. nur CHF 35 Mio. brutto ausgeschöpft wurden. Während dies in guten Zeiten als finanzielle Vernunft aufgefasst werden kann, ist für die Fraktion GLP+ allerdings klar, dass in den kommenden schwierigen Jahren anders vorgegangen werden muss. Wir rufen den Gemeinderat nachdrücklich dazu auf, alles zu unternehmen, dass in den folgenden Jahren möglichst alle bewilligten Vorhaben zeitnah umgesetzt werden und so die lokale Wirtschaft unterstützt wird.

Noch eine Bemerkung zu den Sonderrechnungen: Auch hier erscheint relativ wenig auffällig. Einzig bei den Betagtenheimen liegen die Einnahmen deutlich unter den budgetierten Werten. Dies unter anderem deshalb, weil nicht mehr alle Zimmer vermietet werden können. Das Eigenkapital der Heime ist teilweise negativ. Die Rückstellungen sind teilweise tief. Darauf ist in den nächsten Jahren ein besonderes Augenmerk zu richten.

Letztendlich präsentiert sich die Jahresrechnung in einer guten Form. Die Darstellung hat sich aus Sicht der Fraktion GLP+ verbessert. Die bedeutenden Abweichungen der einzelnen Posten sind gleich im Anschluss erklärt, was eine deutliche Verbesserung ist. Ein Dank allen Beteiligten. Die Fraktion GLP+ wird die Jahresrechnung ebenfalls genehmigen. Der Sprecher der Fraktion FDP hat den Blick auf die Stadt Bern gerichtet.

Auch wir sind uns bewusst, dass das kommende Budget sicherlich düster sein wird und wir in den kommenden Jahren wahrscheinlich mit weniger Zufriedenheit den Jahresberichten zustimmen werden.

Gonzalez Glenda, au nom du Groupe PSR: Tout d'abord je tiens à remercier pour la bonne présentation des comptes ainsi que pour la clarté des explications qui étaient en français et en allemand et non pas en langage mathématique. Cet exercice est finalement du point de vue de du Groupe PSR, un bon exercice même si la situation reste tendue et fragile. C'est plutôt une bonne chose que de boucler les comptes équilibrés sur un léger excédent sans prélèvement nécessaire sur les financements spéciaux. Nous constatons quelques points qui sont remarquables dans ce rapport et dans la présentation de ces comptes, qui sont les effets positifs que les mesures d'amélioration ont et se font ressentir en ce moment. Ceci, tant au niveau de la maîtrise des coûts de l'Administration, qui nous est apparu comme un point et un élément très important, mais aussi au niveau du développement de la Ville et des effets que cela peut avoir au niveau de l'attractivité, mais également de l'amélioration de ses infrastructures.

Le substrat fiscal est en net amélioration au niveau des personnes physiques ce qui vaut une augmentation des entrées provenant des personnes physiques, qui est malheureusement très contrebalancée par la diminution des entrées provenant des personnes morales. Je pense que sur ce point l'effort est considérable et le chemin est long avec ce qui nous attend, aussi au niveau des révisions de la fiscalité au niveau cantonal. Au niveau des investissements, un 42% de réalisation nous semble malheureusement un peu modeste au vu de ce qui avait été planifié. Il est nécessaire, du point de vue du Groupe PSR, de maintenir le rythme car les investissements sont nécessaires à la Ville est incontournable, notamment en ce qui concerne les infrastructures de l'école. Le tissu social et celui économique sont fortement et positivement touchés par les rénovations et les nouvelles infrastructures. Elles apportent aussi un plus au niveau de la protection de notre environnement.

Au niveau du développement de la Ville et de son attractivité, ce qui a été mentionné par plusieurs de mes préopinants, c'est aussi quelque chose de très important. Il nous est apparu, dans ces comptes, le problème transversal de toutes les directions lié aux charges du personnel, suite à l'introduction de l'outil de saisie du temps de travail «FIORI». Également, il nous a semblé important de relever le point des remplacements suite aux nombreux postes vacants. En effet, les charges de personnel nous paraissaient transversale mais ont une explication. Là encore, notre groupe s'est posé la question de la possibilité d'anticiper ou de gérer autrement. Il est intéressant, dans ces comptes, de voir les rapports statistiques par direction et entre les directions. Là, je relève tout à l'heure une remarque qui a été faite, à savoir la formation, la culture et le social coûtent chers. Oui, c'est bien vrai mais cela fait partie du service public et donc des charges que la Ville doit assumer. L'école n'a pas pour vocation d'être rentable et j'espère que cela continuera ainsi. D'autant plus, qu'à Bienne nous sommes confrontés à un défi, et pas des moindres, le bilinguisme. Nous devons assurer et nous assumons fièrement le bilinguisme mais cela à un coût, qui se traduit forcément dans des charges plus importantes.

Cela dit en passant, au niveau comparatif avec d'autres villes de même taille, Bienne ne s'en sort pas plus mal. Au niveau social, c'est pareil, on nous dit que cela coûte cher et c'est bien vrai. Il faut savoir que 7.5% de la population suisse n'est pas en mesure de subvenir à ses besoins et 20% de la population vit sur le seuil de pauvreté, c'est à dire dans l'incapacité de faire face à un imprévu. Je ne me serais jamais risquée à faire de promesse électorale sur ce sujet mais voilà c'est également là un coût que le service public doit prendre en charge.

Sinon, concernant la question que la Ville vit au-dessus de ses moyens, nous pensons effectivement que c'est le cas. Il n'y a pas beaucoup de solution pour y remédier étant donné que ce qui fait que le fondement des recettes de la Ville sont les impôts et les revenus de son patrimoine financier qui est important. Nous estimons que la Ville a, sur ce point, une base solide sur laquelle elle peut jouer et faire face à des situations de crise comme celle que nous traversons en ce moment et, que nous aurons probablement encore à traverser très prochainement. En conclusion, le Groupe PSR estime que ces comptes sont un bon exercice pour 2019 et vous recommande de les accepter et espère, qu'à l'avenir, la Ville pourra sortir de cette fragilité.

Suter Daniel, PRR: Si l'argent est le nerf de la guerre, deux fois par année, nous avons l'occasion de nous pencher sur la neurologie communale dans son ensemble et dans toute sa complexité. Nous reconnaissons l'effort fait par l'Administration afin de nous la présenter de la manière la plus compréhensible et transparente possible. Cela restera toujours un défi que nous sommes appelé à relever car nous sommes responsables. Les comptes spéciaux réglant chacun pour soi des situations bien déterminées, on s'en tiendra au compte général. Afin de situer le bouclage 2019 dans son évolution à moyen et long termes des finances communales, on privilégiera la comparaison des résultats de 2019 avec ceux des exercices précédents. Les budgets laissent régulièrement de la marge.

Si le résultat du compte général est encore une fois équilibré, comme cela a été régulièrement le cas ces dernières années, cet équilibre ne correspond toutefois pas à une égalité de revenus et charges réels. Il s'obtient par le jeu des revenus et charges extraordinaires. La réalité première de la situation financière de notre Ville se montre dans le compte d'exploitation, qui boucle avec un déficit de 11.2 millions de fr. en augmentation de 1.5 millions de fr. par rapport à 2018 alors qu'en 2016 et 2017, ce déficit se limitait encore à moins de 7 millions de fr. Ce résultat est d'une part dû à une augmentation des charges du personnel de 4 millions de fr. à 5 millions de fr., soit environ 5% par année depuis 2017. 2016 n'étant pas comparable car le système a changé.

D'autres part, les charges pour biens et services ont augmenté de millions de fr. par année, soit 6.5%. Depuis 2015, les revenus fiscaux et les taxes ont augmenté de 22 millions de fr. par année, avec un saut cantique à partir de 2016, soit une augmentation annuelle 3.5%. Les revenus et charges de transferts ont, en gros, évolués de manière parallèle avec une amélioration notable du solde entre 2018 et 2019 contrebalancée par une diminution des revenus divers. La représentation graphique de ces évolutions montrerait des courbes en constante et nettes augmentations. Au final, c'est toujours le résultat provenant du financement qui sauve la mise en 2019 avec un excédent de revenu de 14.2 millions de fr. Ce revenu provient

majoritairement de ventes et de valorisations. Ces derniers sont neutralisés pour être versés dans le financement spécial afin d'arriver à un bénéfice de 3 millions de fr. Si un endettement supplémentaire peut dans ces circonstances être évité, c'est avant tout grâce à l'investissement minime de moins de 16 millions de fr.

En conclusion, l'évolution financière de la Ville reste fragile. L'apport du programme NHS+ qui devait durablement stabiliser les finances communales est en cause. L'augmentation des revenus par une plus importante charge fiscale est systématiquement rattrapée par des charges supplémentaires poussées notamment par des majorités qui se retrouvent au Conseil municipal comme peut-être et surtout au Conseil de ville. La Ville de Bienne ne se prive de rien alors que sa force contributive reste relativement faible. Nous roulons aux limites de nos capacités en puisant dans nos réserves alors que le gros est devant nous.

Bohnenblust Peter, FDP: Ich bedanke mich für den Bericht und die Jahresrechnung 2019. Mich würde interessieren, wer die beiden dicken «Bücher» vollständig gelesen hat. Für mich hat es teilweise zuviele Informationen. Die Tabelle auf Seite 82 im Bericht über den Vergleich mit anderen Städten ist sehr hilfreich. Noch besser wäre der Vergleich mit mehr Städten aus dem Kanton Bern gewesen. Ausgeglichen ist die Rechnung nicht. Operativ wird ein Defizit von CHF 11.2 Mio. geschrieben. Der Disparitätenabbau hat um CHF 2,71 Mio. zugenommen. In den letzten drei Jahren hat sich die Situation der Stadt Biel im Vergleich mit anderen Gemeinden verschlechtert, deshalb erhält sie zum Ausgleich mehr Geld vom Kanton. Dies ist also ein negatives Zeichen. Das Fremdkapital hat sich um CHF 23 Mio. erhöht. CHF 180 Mio. wurden für 8 bis 12 Jahre zu sehr günstigen Zinsen angelegt. Zu den Finanzperspektiven wird die Fraktion FDP morgen einen Vorstoss einreichen.

Steidle Silvia, directrice des finances: Je vous remercie d'avoir concentré cette discussion sur les comptes. Je souhaiterais commenter, respectivement répondre à plusieurs interventions. Comme la Présidente de la Commission de gestion (CDG) l'a très correctement souligné, ces comptes sont équilibrés pour la 4^{ème} années consécutive, et cela sans prélèvement sur les financements spéciaux. Comme l'année précédente, 2019 a été budgétée au plus près des comptes, ce qui nous permet de recevoir ce résultat qui est très proche du budget. Il est vrai que les revenus fiscaux accusent un léger recul en 2019, étant donné que les entreprises biennoises, essentiellement axées sur l'exportation, ont bouclé l'année en dessous des prévisions budgétaires. Ces pertes sont en partie compensée par les rentrées des personnes physiques mais également par le partage intercommunal pour une grande part et également par l'impôt à la source. Il faut tout de même un peu nuancer ce qui a été dit aujourd'hui mais dans l'ensemble, cela personne ne l'a souligné, les prévisions budgétaires et les résultats sont de l'ordre de 2.5%. Si cela n'est pas de la précision horlogère, on est là bien loin des prévisions que la Ville de Berne a eues et réalisées. Je ne souhaite pas m'étaler sur ce sujet.

Messieurs Suter et Zumstein, vous avez analysé l'activité d'exploitation pour déclarer les comptes comme non équilibrés. Il s'agit d'une lecture quelque peu orientée. Les gains comptables sont neutralisés car ils sont transférés dans le financement spécial «Gain comptable». Ils n'apportent pas une amélioration en tant que telle des comptes. Par contre, vous trouvez au compte 44, le produit des droits de superficie, qui sont eux

monétaires mais aussi celui des prêts, des locations qu'il faut comptabiliser afin d'arriver à ce résultat équilibré, que nous présentons. Le compte 48, quant à lui, contient effectivement cette réserve de dissolution ESB pour un montant de 10.8 millions de fr. Cependant, conformément à la décision du Parlement en 2018, la moitié de cette somme est reversée au compte 38 dans une nouvelle réserve pour la couverture de la rectification de la valeur de participation dans ESB. De ce fait, tout est présenté et commenté de manière transparente dans ce rapport.

Dans le domaine des investissements, la Ville a investi 35.4 millions de fr. en 2019 au travers du compte global, soit 5.5 millions de fr. de plus que l'année précédente, cela ne réalise pas l'ensemble des prévisions. Toutefois, il serait faux de dire, Madame Strobel, que la Ville économise par ce biais. Il faut juste savoir qu'un million d'économisé représente au niveau des comptes une économie d'environ 65'000 fr. Cela serait donc le mauvais endroit pour effectivement réaliser des économies. Monsieur Grupp l'a dit que ces non-réalisations sont d'une part dû au fait que l'on a des oppositions sur des projets et d'autre part car nous n'avons pas toujours le personnel permettant de réaliser toutes les planifications prévues.

Du côté de l'endettement, la Ville a réussi à le maintenir stable, comme cela a été dit. Il faut vraiment corriger ce que l'on entend dans les médias. Il est toutefois vrai que l'endettement a été très augmenté entre 2012 et 2015 par la construction, entre autre, de la Tissot Arena. Les frais d'intérêts sont quant à eux compensés. Je remercie bien entendu l'Administration, qui a bien travaillé et d'autre part l'équipe des finances, qui est présente ce soir. Elle a illustré, commenté et expliqué les comptes avec beaucoup de qualité. Le Conseil municipal vous propose d'accepter les comptes 2019.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Ich wünsche Ihnen eine gute Nachtruhe und freue mich, Sie morgen wiederzusehen.

Schluss der Sitzung / *Fin de la séance*: 22:35 Uhr / heures

Der Stadtratspräsident / Le président du Conseil de ville:

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident

Die Ratssekretärin / La secrétaire parlementaire:

Regula Klemmer

Protokoll:

Scheurer Nathalie

Flückiger Rita

Procès-verbal:

Kirchhof Claire-Lise

Bernardino Floriane